



COVID-19 – Newsletter 35

28.05.2020

Noch immer stehen im Zentrum der derzeitigen Bemühungen der Städte und Gemeinden die drei Handlungsfelder:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Am 16. März 2020 wurden die gesetzlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie rechtskräftig.

Ausgangsbeschränkungen wurden damals festgelegt und Betriebsstätten sowie Freizeit- und Sportbetriebe geschlossen. Städten und Gemeinden kam eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung zu.

Die erste Phase der COVID-19-Virus-Erkrankung haben wir dank der Mithilfe und Unterstützung der Städte und Gemeinden, der kommunalen Unternehmen sowie der Disziplin der Bevölkerung gut überstanden. Nunmehr beginnt die zweite, ebenso bedeutsame und fordernde Phase des „Hochfahrens“ aller kommunalen Leistungen. Auch in den Mitgliedsstädten und -gemeinden des Österreichischen Städtebundes beginnt wieder der kommunale Alltag – wenn auch auf eine ganz neue Art und Weise.

Der erste Schritt dieser zweiten Phase wurde am 14. April durch die Öffnung von kleinen Geschäften, Baumärkten und Gartencenter, der zweite Schritt am 1. Mai mit dem Ende der Ausgehbeschränkungen und dem Öffnen aller weiteren Geschäfte sowie des Großteils der Dienstleistungen verwirklicht. Es folgte die Öffnung der Schulen und per 29. Mai dann unter anderem der Beherbergungsbetriebe, Freibäder und weitere Teile des Kulturbereichs. Und in der ersten Junihälfte wird abschließend eine vertiefende wissenschaftliche Evaluierung der Corona-Pandemie in Österreich durchgeführt werden und auf Basis dieser Ergebnisse sodann entschieden, ob das Tempo bei den Öffnungen erhöht werden kann. **Zu diesem Zeitpunkt werden wir dann auch diesen Newsletter nur noch in zeitlich reduzierter Form anbieten und die Online-Plattform intrakommuna.at als primäres Kommunikations- und Informationsmedium einsetzen.**

Die wirtschaftlichen Folgen der notwendigen und erfolgreichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Reduzierung der Fallzahlen wirken sich bereits jetzt auf die Gemeinden aus. Für die Ertragsanteile, insbesondere in den Sommermonaten 2020, ist mit weiteren Einbrüchen, aber auch mit den sonstigen Erträgen der Gemeinden, wie der Kommunalsteuer, zu rechnen. Unsere derzeitige Priorität gilt der Sicherung der Liquidität der Städte und Gemeinden. Aber auch die, mit der Pandemie untrennbar verbundenen, organisatorischen, rechtlichen und sozialen Fragen beschäftigen uns in den letzten Tagen vermehrt. Genauso wie in der ersten Phase, werden die Städte und Gemeinden auch weiter auf die Unterstützung des Österreichischen Städtebundes zählen können. Der folgende Newsletter soll – wie bereits bisher – ein Begleiter im kommunalen Alltag sein und über derzeitige Entwicklungen und Problemlagen informieren sowie Maßnahmen, die bereits von einzelnen Städten und Gemeinden sowie kommunalen Institutionen und Unternehmen gesetzt wurden, sammeln und aufzeigen.

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken und Ihnen allen ein erholsames Pfingstwochenende wünschen. Die nächste Ausgabe des Newsletters wird nach den Feiertagen erscheinen.

Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gehen wir es wieder an.

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:

https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Grafik: Stadt Wien

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	4
1. Aktuell im RIS	4
2. Bund veröffentlicht neue COVID-19 Lockerungsverordnung.....	4
3. Regierungsparteien beantragen Investitionsgesetz für Gemeinden.....	5
4. „Altes Hausmittel für klamme Gemeindekassen“ – Kommentar zum kommunalen Investitionspaket des Bundes	6
5. Steuererleichterungen für Gastronomie beschlossen	6
6. Lohnabrechnung bei COVID-19-Kurzarbeit wird vereinfacht.....	6
7. Ferienbetreuung: Regierung will Regelung Ende der Woche vorstellen.....	7
8. Jobverlust, Obdachlosigkeit und Armut: Bundesminister Anschöber warnt vor sozialer Krise als Folge von Corona	7
9. Landau ad Armutsstatistik: „Corona verschärft Armutssituation in Österreich“	8
10. Umfrage: ÖsterreicherInnen wünschen sich "grünen Wiederaufbau"	8
11. Verzögerungen am Bau – Vergleich zum Vorjahr.....	9
12. Fernlehre: Sorge um benachteiligte SchülerInnen	9
13. Angebote der BBG zur Wiederaufnahme des Bürobetriebes	10
14. Stromverbrauch um 14 Prozent gesunken - Tirol minus 20 Prozent.....	10
15. ARA: Kreislaufwirtschaft droht Corona-Kollaps	10
16. Wifo: Stimmung der heimischen Wirtschaft weiter im Keller.....	11
Aus den Bundesländern	12
1. Vorarlberg: Land und Gemeinden schnüren Hilfspaket	12
2. Land NÖ beschloss 4,5 Mio. Euro für Screeningprogramme auf SARS-CoV-2.....	12
3. 190 Millionen Infrastruktur-Bauprogramm 2020 im Burgenland	13
4. LH Kaiser für mehr Länderautonomie.....	13
5. Sommerkinos: Frischluftleinwände zwischen Burgenland und Salzburg	13
6. Vorarlberger Mittelschule testet Abstandswarngerät	15



Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden sowie Anfragen und Interna	16
1. ANFRAGE – Software für Time-Slot-Reservierungen	16
2. Bürgermeister Luger: „Ohne Ersatz für Kommunalsteuer-Ausfall bleibt Kommunalpaket des Bundes eine Mogelpackung“	16
3. Land Burgenland und GVV Burgenland kritisieren kommunales Investitionspaket des Bundes	17
4. NÖ: Riedl und Stadler fordern Hilfen für finanzschwache Gemeinden	17
5. Eisenstadt: Bürgermeister Steiner zur finanziellen Situation der Gemeinden	18
6. Corona-Pandemie in Linz – Bilanz und Ausblick	18
7. Wien in Corona-Zahlen	19
8. Digitalisierungskonzept: Eisenstädter Rathaus im Handy	19
9. Begrenzter Bade-Spaß in Städten und Gemeinden – einige Beispiele	20
10. Wiener Bäder starten ab 29. Mai 2020 in eine besondere Saison	21
11. Öffnung der Innsbrucker Frei- und Hallenbäder.	22
12. Stadt Wien startet „City Challenge: Mission Schutzschirm“	22
Europa und International	23
1. Corona-Virus am 27. Mai 2020: Das Neueste aus Europa und dem Rest der Welt	23
2. Virus als neuer Impuls für internationale Digitalsteuer?	24
3. Konzern-Klagen in Millionenhöhe erwartet	24
4. Thüringen fährt Corona-Schutzvorschriften zurück	24
5. Weltwetterorganisation warnt vor Hitzesommer	25
6. Verwaltungsgericht Hannover: Corona-Maßnahmen der Justizverwaltung unterliegen Umweltinformationsgesetzen	25
7. Schweiz: Außerordentliche Situationen verlangen außerordentliche Lösungen	25
8. Grundrechte in Zeiten von Corona	25
9. Homeoffice in der Schweiz sehr beliebt, aber Auswirkungen auf Familie befürchtet	26
10. COVID-Rettungspakete in Tschechien – Prag ausgeschlossen	26
11. Deutschland: Infektionsherd Schlachthof	26
Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel	28
1. Europäische Kommission: „Next Generation EU“- EU-Aufbaufonds (recovery fund)	28
2. Europäische Kommission: Genehmigung der 8 Mrd Euro cov19-Beihilfe für österreichische Unternehmen	28
3. Rat der EU	28



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **25. Mai 2020** herausgegeben:

BGBL. II Nr. 223/2020

Änderung der E-PRTR-Begleitverordnung

BGBL. II Nr. 224/2020

COVID-19-Hochschul-Aufnahmeverordnung – C-HAV

BGBL. II Nr. 225/2020

Verordnung gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zur Deckung von Fixkosten durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG)

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **26. Mai 2020** herausgegeben:

BGBL. II Nr. 226/2020

Änderung der Dienstgradeverordnung 2018 (DGV 2018)

BGBL. II Nr. 227/2020

Änderung der Lebensversicherung Informationspflichtenverordnung 2018

BGBL. II Nr. 228/2020

Änderung der Verordnung über die Meldung der Dauer des Präsenz- oder Ausbildungsdienstes

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **27. Mai 2020** herausgegeben:

BGBL. II Nr. 229/2020

Änderung der Verordnung über die Beiträge für Schülerheime und ganztägige Schulformen

BGBL. II Nr. 231/2020

Änderung der COVID-19-Lockerungsverordnung - 2. COVID-19-LV-Novelle

BGBL. II Nr. 230/2020

Verlängerung des Zeitraums für Freistellungen nach § 735 Abs. 3 Allgemeines Sozialversicherungsgesetz und § 258 Abs. 3 Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz

BGBL. II Nr. 232/2020

Änderung der Verbrauchsteuerbefreiungsverordnung

BGBL. II Nr. 233/2020

Änderung der Verordnung über die Einreise auf dem Luftweg nach Österreich und der Verordnung über die Maßnahmen bei der Einreise aus Nachbarstaaten

2. Bund veröffentlicht neue COVID-19 Lockerungsverordnung

Am 27.05.2020 wurde die mit 29.05.2020 in Kraft tretende COVID-19 Lockerungsverordnung veröffentlicht. Diese beinhaltet neue Regelungen zu „Fahrgemeinschaften, Gelegenheitsverkehr, Ausflugsschiffe, Seil- und Zahnradbahnen“, „Einrichtungen nach dem Bäderhygienegesetz“, „Beherbergungsbetriebe“, „Sonstige Einrichtungen“ und „Veranstaltungen“. Im Detail lautet die Verordnung bezüglich Einrichtungen nach dem Bäderhygienegesetz wie folgt:



Einrichtungen nach dem Bäderhygienegesetz:

§ 5. Einrichtungen nach § 1 Abs. 1 Z 1 bis 7 Bäderhygienegesetz – BHygG, BGBl. Nr. 254/1976, dürfen nur betreten werden, wenn der Betreiber im Hinblick auf die besonderen Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung von COVID-19 seine Verpflichtungen gemäß § 13 BHygG evaluiert sowie seine Maßnahmen und die Badeordnung entsprechend dem Stand der Wissenschaft adaptiert. § 2 Abs. 1 Z 1 bis 3 gelten; Z 2 gilt nicht in Feuchträumen, wie Duschen und Schwimmbädern, und nicht im Freien. § 6 Abs. 5 wird folgender Satz angefügt: „Der gemeinsame Einlass von mehreren zusammengehörenden Besuchergruppen ist nach Maßgabe des Abs. 4 möglich.“ § 6 Abs. 7 lautet: „(7) Der Betreiber hat sicherzustellen, dass er und seine Mitarbeiter bei Kundenkontakt eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende mechanische Schutzvorrichtung tragen, sofern zwischen den Personen keine sonstige geeignete Schutzvorrichtung zur räumlichen Trennung vorhanden ist, die das gleiche Schutzniveau gewährleistet.“

Weiters sind ab 29. Mai in Österreich **Hochzeiten und Begräbnisse** mit bis zu 100 Personen erlaubt. Ebenfalls ab Freitag gilt in **Schlaflagern und Gemeinschaftsschlafräumen** ein Sicherheitsabstand von eineinhalb Metern - nicht wie ursprünglich angekündigt zwei Meter. Festgeschrieben ist auch die Mund-Nasenschutz-Pflicht. Diese gilt nicht im Freiluftbereich, etwa auf Ausflugsschiffen oder in Museen. Prinzipiell ist ab Freitag überall ein Mindestabstand von einem Meter zu Personen vorgeschrieben, die nicht im selben Haushalt leben oder diesen gleichgestellt sind, wie beispielsweise eine Gästegruppe.

Auch **Veranstaltungen** werden wieder mit mehr BesucherInnen erlaubt, wie Gesundheitsminister Rudolf Anschober bereits angekündigt hatte. Mit 1. Juli 2020 sind Veranstaltungen mit zugewiesenen und gekennzeichneten Sitzplätzen in geschlossenen Räumen für bis zu 250 Personen und im Freiluftbereich für bis zu 500 Personen zulässig. Mit 1. August 2020 sind Veranstaltungen mit zugewiesenen und gekennzeichneten Sitzplätzen in geschlossenen Räumen mit bis zu 500 Personen und im Freiluftbereich mit bis zu 750 Personen gestattet. Personen, die zur Durchführung der Veranstaltung erforderlich sind, sind in diese Höchstzahlen nicht einzurechnen, heißt es in der Verordnung. Ab 1. August sind Veranstaltungen mit zugewiesenen und gekennzeichneten Sitzplätzen in geschlossenen Räumen mit bis zu 1.000 Personen und im Freiluftbereich mit bis zu 1.250 Personen mit Bewilligung der für den Veranstaltungsort örtlich zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde zulässig. Voraussetzung ist ein Präventionskonzept des Veranstalters.

Öffnen dürfen am Freitag auch wieder **Fitnessstudios**. Hier muss ein Zwei-Meter-Abstand eingehalten werden, dieser kann laut Verordnung aber "ausnahmsweise kurzfristig unterschritten werden". Geschlossen bleiben "Einrichtungen zur Ausübung der Prostitution", hier gilt weiterhin ein Betretungsverbot.

Die Verordnung tritt mit 29.05.2020 in Kraft.

Die vollständige Verordnung unter: https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2020_II_231/BGBLA_2020_II_231.html

3. Regierungsparteien beantragen Investitionsgesetz für Gemeinden

Im Einzelnen sieht der Antrag der Abgeordneten August Wöginger und Sigrid Maurer Bundesmittel von 1 Milliarde Euro vor, wobei gegenüber 2017 der Zuschuss des Bundes von 25% auf 50% der Investition der Gemeinde erhöht wird. Gewährt wird der Zuschuss für Projekte, die zwischen 1. Juni 2020 und 31. Dezember 2021 begonnen werden, sowie für solche Projekte, die zwar Ende Mai 2019 bereits begonnen wurden, aber von der Gemeinde aufgrund der Corona-Krise verschoben werden mussten.

Durch eine entsprechende Erweiterung der Zweckbindung soll es Bundeszuschüsse nicht nur für Bauprojekte, sondern auch generell für Ersatzinvestitionen und Sanierungen geben. Zuschüsse sollen außerdem auch in die Attraktivierung von Ortskernen und in klimaschutzrelevante Investitionen fließen. Ziel ist es, dass mindestens 20% der Mittel für ökologische Maßnahmen, insbesondere zur Einhaltung der EU-rechtlichen Vorgaben im Klima- und Energiebereich verwendet werden, heißt es in der Begründung des Antrags. Mit 1. Juli 2020 tritt das Gesetz in Kraft.



4. „Altes Hausmittel für klamme Gemeindekassen“ – Kommentar zum kommunalen Investitionspaket des Bundes

Die Regierung setzt auf ein Programm zur Rettung der Gemeinden, das vor Jahren schon einmal gut funktionierte. Die Krise heute ist jedoch eine andere, und deshalb sind auch die Bedürfnisse anders gelagert.

In einer Zeit, in der sich jeden Tag unzählige Löcher auftun und jedes halbwegs gelöste Problem zwei neue Probleme nach sich zieht, ist es praktisch, auf altbewährte Rezepte zurückgreifen zu können. So muss man sich in etwa das Hilfspaket für die Gemeinden vorstellen, das die Regierung am Montag präsentierte. Als Schablone diente ein Programm, das die damalige rot-schwarze Regierung im Jahr 2017 aufgelegt hatte und Investitionen der Kommunen anreizen sollte. Zu jener Zeit erholte sich die Wirtschaft zu langsam vom Schock der Finanzkrise, die Konjunktur schwächelte über mehrere Jahre. Die Regierung stellte damals 175 Millionen Euro für neue Investitionen zur Verfügung, die mit 25 Prozent gefördert wurden.

Den vollständigen Artikel von Simon Rosner – Redakteur der Wiener Zeitung - finden Sie unter folgendem Link:

https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2061804-Altes-Hausmittel-fuer-klamme-Gemeindekassen.html?em_no_split=1

5. Steuererleichterungen für Gastronomie beschlossen

Die Koalitionsfraktionen haben am Dienstag im Nationalrat weitere Corona-Hilfen beschlossen, von der die Gastronomie profitieren soll. Ab 1. Juli wird die Schaumweinsteuer dauerhaft gestrichen, die Mehrwertsteuer auf nicht-alkoholische Getränke wird befristet halbiert. Geschäftsessen können künftig zu einem höheren Grad abgesetzt werden und Essensgutscheine werden weiter privilegiert.

Der **Wegfall der Schaumweinsteuer** gilt dauerhaft, bisher musste hier pro Liter ein Euro abgeführt werden. Bis Jahresende befristet ist hingegen die **Senkung des Mehrwertsteuersatzes bei alkoholfreien Getränken**; der Steuersatz liegt hier künftig bei zehn Prozent. Bisher galt dieser Wert nur auf tierische Milch und Leitungswasser. Betroffen davon ist die Abgabe von "offenen nichtalkoholischen Getränken". Damit sind nicht nur direkt ausgeschenkte Getränke gemeint sondern auch solche, die typischerweise vom Gastronomen oder dem Kunden im Zuge des Erwerbs unmittelbar geöffnet werden. Nicht umfasst sind etwa Getränke in Automaten oder in Supermärkten, sehr wohl aber in Kantinen oder an Würstelständen. Bei **Essensbons** für Mahlzeiten, die Arbeitgeber ihren Dienstnehmern zur Verfügung stellen, gibt es ebenfalls steuerliche Erleichterungen. Bisher waren diese bis zu einem Wert von 4,40 Euro pro Arbeitstag steuerfrei, wenn die Gutscheine nur am Arbeitsplatz oder in einer Gaststätte konsumiert werden. Dieser Betrag wird auf acht Euro angehoben. Bei Bezahlung von Lebensmitteln, die nicht sofort konsumiert werden, geht die Steuerbefreiung aktuell nur bis zu einem Wert von 1,10 Euro, dieser wird auf zwei Euro erhöht. Hinsichtlich der **Geschäftsessen** wird auf eine befristete Regelung gesetzt: Ab dem 1. Juli bis zum Jahresende werden 75 statt 50 Prozent absetzbar sein. Beschlossen wurde im Rahmen der Corona-Hilfen auch eine Erlaubnis für Bilanzbuchhalter, für Unternehmen Liquiditätshilfen aus den Corona-Hilfspaketen zu beantragen.

6. Lohnabrechnung bei COVID-19-Kurzarbeit wird vereinfacht

Die Lohnabrechnung für Unternehmen, die das COVID-19-Kurzarbeitsmodell in Anspruch nehmen, wird vereinfacht. Eine entsprechende Novelle zum Arbeitsmarktservicegesetz wurde heute vom [Sozialausschuss des Nationalrats](#) mit breiter Mehrheit angenommen. Gleichzeitig werden Nachteile für ArbeitnehmerInnen durch die derzeitigen Rundungsregelungen beseitigt und weitere Präzisierungen bei den Kurzarbeitsbestimmungen vorgenommen. Neben den Koalitionsparteien votierten auch SPÖ und FPÖ für den Gesetzentwurf. Grundlage für den Beschluss bildete ein Antrag der Koalitionsparteien ([528/A](#)), der gestern mittels Abänderungsantrag adaptiert und ergänzt wurde. Damit wird unter anderem gesetzlich normiert, dass die Bruttoentgelt-Tabelle, aus der sich die Kurzarbeits-Gehälter für die Beschäftigten errechnen, in 5-Euro-Schritten abzustufen ist.



Zudem wird klargestellt, dass sich die grundsätzliche Verpflichtung der Unternehmen zur Aufrechterhaltung des Beschäftigtenstandes nur auf von Kurzarbeit betroffene MitarbeiterInnen bezieht. Die neuen Bestimmungen inklusive der bürokratischen Erleichterungen sollen rückwirkend mit 1. März gelten und auch auf bestehende Kurzarbeitsanträge anzuwenden sein.

7. Ferienbetreuung: Regierung will Regelung Ende der Woche vorstellen

Die Regierung arbeitet derzeit an einer Regelung, um die Kinderbetreuung im Sommer sicherzustellen. Derzeit herrscht vor allem bei Eltern Unklarheit darüber, ob und wie etwa die Abhaltung von Feriencamps während der Coronakrise möglich sein wird. Eine Lösung soll Ende der Woche präsentiert werden, stellte Familienministerin Christine Aschbacher am Mittwoch vor dem Ministerrat in Aussicht. "Ja, es wird Sommerbetreuung geben in den verschiedenen Camps", versprach Aschbacher. Wie dies im Detail ausgestaltet werden soll, sei derzeit aber noch Gegenstand von Beratungen innerhalb der Regierung. Zuletzt hatten Jugendorganisationen Kritik daran geübt, dass für viele Eltern keine Planungssicherheit bestehe.

8. Jobverlust, Obdachlosigkeit und Armut: Bundesminister Anschober warnt vor sozialer Krise als Folge von Corona

Laut der aktuell veröffentlichten jährlichen Statistik der Einkommens- und Lebensbedingungen (EU-SILC: "European Community Statistics on Income and Living Conditions") waren 2019 16,9 Prozent bzw. 1.472.000 Menschen in Österreich armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Österreich lag damit deutlich unter dem EU-Durchschnitt aus dem Jahr 2018 von 21,8 Prozent. Aber: Durch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise droht auch eine soziale Krise. Sozialminister Rudolf Anschober: "Eine im internationalen Vergleich niedrigere Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdungsquote ändert nichts daran, dass rund 1,5 Mio. Menschen in Österreich in ihrer sozialen Teilhabe massiv eingeschränkt sind. Daher sind im Regierungsprogramm zahlreiche Maßnahmen verankert, die zielgerichtet Unterstützung gewährleisten und soziale Notsituationen abfedern. Mit einer Nationalen Strategie zur Armutsvermeidung soll vermieden werden, dass durch die sozialen Folgen der Coronakrise die Armutsbetroffenen noch mehr in die Armutsfalle abdriften. Teile der Bevölkerung waren schon vor Ausbruch der Pandemie in einer sehr schwierigen Lage, die sich durch die wirtschaftlichen Folgen der Krise teilweise stark verschärft. Mein Ziel ist es daher alles zu tun, damit aus der Gesundheitskrise keine soziale Krise wird. Die Erarbeitung der Hilfsfonds, der Beschluss erster sozialpolitischer Maßnahmen ist ein guter Beginn. Es braucht aber in Teilbereichen noch mehr an Stärkung des sozialen Netzes."

"Die Covid-19-Pandemie hat eine wirtschaftliche Krise ausgelöst, die besonders die Ärmsten und Schwächsten unserer Gesellschaft trifft. Für Alleinerziehende, Familien mit drei oder mehr Kindern, Menschen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft, Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität sowie über 65-jährige verschärfen die Folgen der Pandemie das Risiko sozialer Instabilität und Armut", so Anschober.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind Kinder und Jugendliche mit rund 19 Prozent (303.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre) überproportional von Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung betroffen. Rund 55.000 Kinder und Jugendliche sind in Österreich erheblich materiell depriviert. Laut UNICEF wird wegen der Coronavirus-Pandemie in Europa im Bereich der Kinderarmut mit einem Plus von bis zu 44 Prozent gerechnet.

"Deshalb lege ich einen Schwerpunkt bei der Nationalen Strategie zur Armutsvermeidung auf Kindergesundheit bzw. auf die Reduktion von Kinderarmut und habe dazu kürzlich eine Task-Force eingerichtet. Kinder sind die Zukunft unseres Landes", so Anschober, der gleichzeitig exemplarisch auf erfolgreich bestehende Maßnahmen seines Ressorts wie das "Schulstartpaket" (jährlich zur Schulstufe passendes Paket mit Schulartikeln für SchülerInnen aus einkommensschwachen Haushalten), die Weiterentwicklung des Mutter-Kind-Passes und den flächendeckenden Ausbau der "Frühen Hilfen", ein Angebot für Schwangere und Familien in belastenden Lebenssituationen, hinweist.



9. Landau ad Armutsstatistik: „Corona verschärft Armutssituation in Österreich“

Neben Bundesminister Anschöber äußerte sich auch Caritas-Präsident Michael Landau zur heute veröffentlichten EU-Silc-Statistik: „Dass es im Vorjahr gemäß der aktuellen Statistik einen leichten Rückgang der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich gibt, ist erfreulich und Ausdruck dafür, wie wichtig ein funktionierender Sozialstaat für die Menschen in unserem Land ist. Klar ist aber auch: Die Daten stammen aus der Vor-Corona-Zeit. Nicht erfasst sind all jene Menschen, die sich in den vergangenen Wochen an Hilfsorganisationen wie die Caritas gewandt haben, weil sie dringend Hilfe brauchen. Darunter auch sehr viele Menschen, die noch nie auf die Hilfe der Caritas angewiesen waren. Die Gesundheitskrise ist für viele Männer, Frauen und vor allem auch für viele Kinder in Österreich längst zu einer sozialen Krise geworden. Dass heute mehr als 300.000 junge Menschen von Armut und Ausgrenzung bedroht und betroffen ist, ist zu tiefst alarmierend und ein dringender Auftrag an die Mitglieder der Bundesregierung, hier rasch gegenzusteuern. Wir haben in den vergangenen Wochen gelernt: Das Corona-Virus ist hoch ansteckend. Die Gefahr, dass neben dem Gesundheitsbereich auch die soziale Wirklichkeit von Menschen unter dem Virus leidet, ist real. In Wien haben sich doppelt so viele Menschen Hilfe suchend an die Caritas gewandt. In Salzburg hat sich die Zahl der Menschen in Not sogar verdreifacht. Die soziale Ungleichheit wird in Folge der Pandemie zunehmen. Der Blick auf Infektionsstatistiken allein kann also nicht genügen: Die Bundesregierung muss sich noch stärker als bisher auch um jene Statistiken sorgen, die von steigender Not und zunehmender Arbeitslosigkeit berichten!“

10. Umfrage: ÖsterreicherInnen wünschen sich "grünen Wiederaufbau"

Der Wunsch der Umwelt-NGO nach ökologisch und sozial ausgerichteten Konjunkturpaketen zur Abfederung der Coronakrise wird durch eine aktuelle Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstitut Akonsult unterstützt. Bei der von Greenpeace in Auftrag gegebenen Erhebung gaben **84 Prozent der 500 Befragten Österreicher an, einem "grünen Wiederaufbau" den Vorzug zu geben**, berichtete die NGO am Dienstag.

Konkret galt es die Zustimmung auf die Aussage "Ich bin dafür, dass das dafür verwendete Steuergeld immer auch dazu beitragen soll, die Klimakrise zu bekämpfen" zu bejahen oder zu verneinen, was dann bei 30 Prozent zu einem klaren "Ja" und 54 zu einem "eher Ja" führte. Nur sechs Prozent der Teilnehmer der von 14. bis 19. Mai online durchgeführten Erhebung lehnten dies mit einem "Nein" ab. 91 Prozent bejahten auch, eine Klimakrise zunehmend selbst zu bemerken - und ein Großteil zeigte sich besorgt über Auswirkungen der Erderhitzung auf Gesundheit und heimische Wirtschaft, hieß es in der entsprechenden Aussendung. Angesprochen auf die extremen Hitzewellen im Sommer und deren negative Auswirkungen auf die Gesundheit, beantworteten rund vier von zehn zu befürchten, dass dadurch auch eine gesundheitliche Gefahr entstehend könnte. Frauen waren hier deutlich besorgter als Männer. Eher negative Auswirkungen auf die Gesundheit äußerten weitere 46 Prozent. 80 Prozent bejahten es, dass sie sich um Tourismus und Landwirtschaft sorgen würden,

Dass in Krisenzeiten von der Regierung **neben ökologischen auch soziale Lösungen** gefordert werden, zeigte die Antwort auf die Aussage "Ich bin dafür, dass ausschließlich jene Unternehmen Hilfszahlungen erhalten sollen, die sich an faire Arbeitsrahmenbedingungen, wie z.B. Kollektivverträge halten", die von 90 Prozent bejaht wurde. Für eine volle Ablehnung konnten sich hier nur zwei Prozent der Teilnehmer erwärmen.

84 Prozent bejahten zudem die Notwendigkeit einer klimafreundlichen Steuerreform. Die Menschen nehmen dabei richtigerweise die Regierung in die Verantwortung: 93 Prozent der ÖsterreicherInnen fordern von der Politik Rahmenbedingungen, die klimafreundliches Verhalten einfach und kostengünstig machen. Weitere 85 Prozent zeigen sich zustimmend, dass staatliche Hilfen für Fluggesellschaften an stärkere Klimaschutzbedingungen geknüpft sein müssen.



11. Verzögerungen am Bau – Vergleich zum Vorjahr

Neben der unsicheren Investitionsbereitschaft von privaten und öffentlichen Auftraggebern bereiten den Auftragnehmern auch behördliche Hürden Kopfzerbrechen. Durch die in vielen Städten und Gemeinden zumindest teilweise ausgesetzten Bauverhandlungen fürchten viele Unternehmen und Interessenvertretungen empfindliche Verzögerungen bei Baugenehmigungen. Der Bau & Immobilien Report hat sich angesehen, wie die Kommunen mit der Situation umgehen und wie viele Baugenehmigungen im April 2020 im Vergleich zu April 2019 ausgestellt wurden.

Mit dem Covid-19-Begleitgesetz wurde u.a. festgelegt, dass mündliche Verhandlungen und Vernehmungen nur dann durchzuführen sind, wenn sie für die Aufrechterhaltung „einer geordneten Verwaltungsrechtspflege unbedingt erforderlich sind“. Gleiches gilt für den mündlichen Verkehr zwischen den Behörden und den Beteiligten einschließlich der Entgegennahme mündlicher Anbringen sowie mit sonstigen Personen im Rahmen der Durchführung des Verfahrens. Ob davon auch Bauverhandlungen betroffen waren, war lange Zeit unklar. Während etwa in der Steiermark empfohlen wurde, Bauverhandlungen abzusagen, wurde die Sachlage in Kärnten anders gesehen. Hier wurde das Begleitgesetz so interpretiert, dass Baubewilligungen als Teil „der Aufrechterhaltung der geordneten Verwaltungsrechtspflege“ zu sehen sind. Teilweise wurden laufende Verfahren von Mitarbeitern im Homeoffice durchgeführt, was aufgrund fehlender Ausstattung und eines nicht durchgängig digitalen Datenmaterials allerdings auch erheblich Probleme verursachte. Offen ist, welche tatsächlichen Auswirkungen die unsichere Rechtslage vor der Gesetzesänderung auf die Erteilung von Baugenehmigungen hatte. So kommt etwa eine IMAD-Erhebung im Auftrag der Landesinnung Bau Tirol zu dem Ergebnis, dass „sich 62 Prozent Tiroler Bauunternehmen vor Probleme gestellt fühlen, weil notwendige Genehmigungsverfahren oder Verhandlungen ausgesetzt oder abgesagt wurden“. Große Auftraggeber wie Asfinag, ÖBB oder BIG rechnen hingegen mit keinen größeren Schwierigkeiten. Vielmehr hat man den Eindruck, dass „Behörden sehr bemüht waren, Verzögerungen zu verhindern“, wie Asfinag-Vorstand Hartwig Hufnagl erklärt. Um Licht ins Dunkel zu bringen, hat der Bau & Immobilien Report bei Städten und Gemeinden unterschiedlichster Größe eine stichprobenartige Erhebung durchgeführt. Dabei zeigt sich, dass die Auswirkungen sehr unterschiedlich sind. Vor allem bei kleineren Städten und Gemeinden ist die Anzahl der im April 2020 erteilten Baugenehmigungen im Vergleich zum April 2019 deutlich zurückgegangen. Im Gegensatz dazu gab es in größeren Städten wie Wien oder Innsbruck keine signifikanten Veränderungen. In St. Pölten wurden im April dieses Jahres sogar mehr Baugenehmigungen erteilt als vor einem Jahr.

Mehr dazu: <https://www.report.at/index.php/bau-immo/aufmacher/item/95475-fehlende-genehmigungen>

12. Fernlehre: Sorge um benachteiligte SchülerInnen

Für die nicht repräsentative Studie "Unterrichten unter Covid 19-Bedingungen" hat ein Team um Christiane Spiel und Julia Holzer von der Fakultät für Psychologie im Mai knapp 1.800 LehrerInnen aller Schultypen aus ganz Österreich befragt. Die meisten LehrerInnen zeichneten dabei ein positives Bild vom verordneten Homeschooling: Drei Viertel sind nach eigenen Angaben mit den Unterrichten von zu Hause (ziemlich) gut zurechtgekommen, für weniger als jeden Zehnten war der Fernunterricht mit den eigenen technischen Möglichkeiten (eher) nicht umsetzbar. 84 Prozent waren auch (eher) zuversichtlich, den SchülerInnen trotz Distanz den relevanten Stoff gut vermitteln zu können. Bei SchülerInnen, die Probleme haben, glaubte das allerdings nur etwas mehr als jede/r Dritte. Besonders schwierig war es für LehrerInnen einzuschätzen, wie viel SchülerInnen zuhause schaffen. Außerdem gab es Probleme, lernschwächere SchülerInnen mit schlechteren technischen Möglichkeiten ausreichend zu unterstützen. Viele sehen laut Studie eine Chance in den während der Krise genutzten Methoden und wollen auch künftig digitale Angebote zum selbstständigen Üben und Vertiefen von Lernstoff anbieten. Besonders häufig genannt werden digitale Lernplattformen wie Moodle oder Kommunikationstools wie MS Teams.



13. Angebote der BBG zur Wiederaufnahme des Bürobetriebes

Herausfordernde Wochen liegen hinter uns. Nun heißt es für viele „Zurück an den Arbeitsplatz“. Aber welche Vorbereitungen müssen getroffen werden, bevor der Bürobetrieb in die dafür vorgesehenen Räumlichkeiten zurückkehren kann? Welche Produkte und Leistungen benötigt man für den Bürobetrieb?

Auf der [Website](#) der Bundesbeschaffung GmbH finden Sie fünf Tipps zur sicheren Rückkehr an den Arbeitsplatz. Damit Sie schneller zu den erwähnten Produkten und Dienstleistungen im e-Shop gelangen, wurden spezielle Themenwelten aus dem Gebäudemanagement für Sie bereitgestellt. Darüber hinaus können Sie selbstverständlich jederzeit auf das komplette Vertragsportfolio entsprechend Ihres Abonnements im e-Shop der BBG zugreifen.

Mehr dazu in **Beilage1**

14. Stromverbrauch um 14 Prozent gesunken - Tirol minus 20 Prozent

Die Coronavirus-Pandemie hat den Stromverbrauch deutlich reduziert. Gegenüber dem Vorjahr wird derzeit ein Rückgang von 14 Prozent bemerkt, teilweise deutlich darüber - wie etwa in Tirol von stellenweise über 20 Prozent, rechnete heute Gerhard Christiner, Vorstand des Übertragungsnetzbetreibers APG, vor. In Frankreich, Italien und Spanien seien die Rückgänge ebenfalls bei rund 20 Prozent gelegen.

Dadurch seien die Strompreise "signifikant eingebrochen". Lagen diese vor der Krise an den Strommärkten noch bei rund 50 Euro pro Kilowattstunde, so seien sie nun auf 20 bis 25 Euro gesunken. Was wiederum die Investitionen in die Energiewende erschwere bzw. verzögere. Betroffen davon seien auch die Forschungsaktivitäten der Universitäten, gab Univ. Prof. Wolfgang Bösch von der TU Graz heute bei einer Pressekonferenz des Verbandes für Elektrotechnik (OVE) zu bedenken. Daher gelte es nun, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, assistierte OVE-Präsident Kari Kapsch. Als vorrangig nannte er die Wiedereinführung des Investitionsfreibetrages, der im Jahr 2000 unter dem damaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser abgeschafft wurde. Des Weiteren müssten lang anstehende Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Christiner nannte hier die "Salzburg-Leitung" als prioritäres Projekt. Diese Leitung ist der Lückenschluss im 380-kV-Ring in Österreich. Die geplante Freileitung verläuft zwischen Elixhausen (Flachgau) und Kaprun (Pinzgau) und ist 113 Kilometer lang.

"Das 1. Quartal war umsatzmäßig noch fast im Plan, jetzt kommen die Dämpfer", so Kapsch heute zur Lage der Branche. Es laufe derzeit "schaumgebremst". Ein Großteil der Betriebe habe Kurzarbeit angemeldet, bei einem erheblichen Teil werde diese andauern.

Hilfreich und wichtig wäre es, wenn nun die Kommunen verstärkt in die Energiewende investieren würden - beispielsweise durch die Errichtung von Stromtankstellen für die Elektromobilität oder die Erneuerung der Straßenbeleuchtung durch LED-Lampen, so Andreas Wirth, Bundesinnsungsmeister der Elektrotechniker. Wünschenswert wäre auch ein Entflechten der unterschiedlichen Bauordnungen der Bundesländer, etwa im Bereich Photovoltaik.

15. ARA: Kreislaufwirtschaft droht Corona-Kollaps

Der Marktführer der Sammel- und Verwertungssysteme betont in einem Maßnahmenpaket die Bedeutung von Entsorgungssicherheit und Kreislaufwirtschaft und fordert Unterstützung für den Weiterbestand des österreichischen Recyclingsystems. Nur so könnten Entsorgungssicherheit und lokale Wertschöpfung gesichert werden. Für die EU-Kreislaufwirtschaftsziele muss das Recycling von Kunststoffverpackungen bis 2025 verdoppelt werden, derzeit stehen jedoch 75 % der Anlagen krisenbedingt still. Für 2019 bilanziert die ARA positiv: Mit rd. 1,09 Mio. Tonnen gesammelten Verpackungen und Altpapier befindet man sich weiter auf Rekordniveau (+ 0,2 % zu 2018).

Trotz Pandemie: Fundament der Kreislaufwirtschaft sichern



„WirtschaftsforscherInnen und Politik sprechen von der größten Wirtschaftskrise seit 75 Jahren. Die Auswirkungen des Konjunktureinbruchs auf die Sammelsysteme und die Nachfrage nach Recyclingrohstoffen sind unübersehbar und gefährden das österreichische Recyclingsystem“, macht ARA Vorstand Christoph Scharff deutlich. „Wir müssen jetzt handeln. Wir müssen die Entsorgungssicherheit für die Bevölkerung, Gemeinden und Betriebe gewährleisten, den Erhalt von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung sichern sowie Österreichs Wirtschaft weiterhin mit hochwertigen Sekundärrohstoffen versorgen. Bei all dem dürfen wir keinesfalls die Zukunft und unsere europäischen Kreislaufwirtschaftsziele aus den Augen verlieren: Umwelt- und Klimaschutz durch Ressourcenschonung. Unser Verpackungsrecycling liefert jährlich nicht nur rund 900.000 Tonnen Recyclingrohstoffe, sondern entlastet auch das Klima jedes Jahr um rund 700.000 Tonnen CO₂- Äquivalente. Die in Österreich erfolgreich etablierte Kreislaufwirtschaft darf nicht der Corona-Pandemie zum Opfer fallen. Im Gegenteil: Wir müssen unsere langjährig aufgebauten, stabilen Recyclingstrukturen durch die Krise durchtragen, um aufbauend auf diesem Fundament weiterhin für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet zu sein.“

Mehr dazu: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200528_OTS0070/ara-kreislaufwirtschaft-droht-corona-kollaps-bild

16. Wifo: Stimmung der heimischen Wirtschaft weiter im Keller

Die Stimmung der heimischen Wirtschaft ist nach wie vor im Keller, die Erwartungen sind aber nicht mehr ganz so negativ wie im April, zeigt der Wifo-Konjunkturtest vom Mai. Das Tief zieht sich durch alle Branchen. Die Unternehmen rechnen weiter mehrheitlich mit einer schwierigen Situation in den nächsten Monaten. Am besten sind die Erwartungen noch in der Bauwirtschaft.

Zwar stieg der Wifo-Konjunkturklimaindex im Mai um 4,4 Punkte, lag aber mit -27,8 Punkten im Bereich der historischen Tiefstwerte. "Die Covid-19-Krise hält die österreichische Wirtschaft im Griff", heißt es am Donnerstag in einer Aussendung des Wirtschaftsinstituts. Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen für die Gesamtwirtschaft ist im Mai um weitere 7,1 Punkte auf -35,6 Punkte gefallen. Dies sei der tiefste jemals gemessene Wert. Rückgänge gibt es in allen Wirtschaftszweigen. In den Dienstleistungsbranchen ist der Index um 5,1 Punkte auf -39,8 Punkte gesunken, der niedrigste Stand seit Beginn der Auswertungen.

In der Bauwirtschaft fiel er im Mai um 7,9 Punkte, lag aber mit -19,4 Punkten weiter über seinem bisherigen Tiefstwert. In der Sachgütererzeugung verlor der Lageindex 10,2 Punkte und notierte mit -34,0 Punkten in der Nähe der historischen Tiefstwerte.

Der Index der unternehmerischen Erwartungen ist im Mai nach dem historischen Einbruch des Vormonats um 16 Punkte angestiegen, blieb aber mit -20,1 Punkten weit im negativen Bereich. Nur in der Bauwirtschaft erholte sich der Erwartungsindex und notierte nach einem Anstieg von 9,1 Punkten mit -0,2 Punkten nahe der Nulllinie. In den Dienstleistungsbranchen stieg der Erwartungsindex ebenfalls deutlich an (+19,5 Punkte), notierte jedoch mit -18,0 Punkten nach wie vor im negativen Bereich.

Auch in der Sachgütererzeugung erholte sich der Erwartungsindex deutlich (+12,5 Punkte), notierte aber mit -29,6 Punkten weiterhin auf Niveaus, die zuletzt in der Finanzkrise 2008/09 erreicht wurden.



Aus den Bundesländern

1. Vorarlberg: Land und Gemeinden schnüren Hilfspaket

Das Land Vorarlberg und die Vorarlberger Kommunen schnüren angesichts der Coronakrise zusätzlich zur Bundesunterstützung ein eigenes Hilfspaket. Das haben am Mittwoch Landeshauptmann Markus Wallner und die Vizepräsidentin des Vorarlberger Gemeindeverbands, Andrea Kaufmann, in einer Pressekonferenz bekanntgegeben. Einnahmehausfälle der Gemeinden sollen abgedeckt werden.

Dem Land drohen heuer angesichts der Coronakrise Mindereinnahmen von 100 Mio. Euro, die Gemeinden rechnen mit bis zu 90 Mio. Euro, die ausfallen. "Auch wenn wir selbst unter Druck geraten, wollen wir doch den Kommunen so gut es geht helfen", stellte Wallner fest. Eine ExpertInnengruppe soll erarbeiten, wie dies bestmöglich zu bewerkstelligen ist. Weil der Investitionsbereich durch die Bundesförderung - für die Vorarlberger Gemeinden könnten daraus knapp 43,5 Mio. Euro resultieren - abgedeckt sei, wolle man sich im Land auf die Einnahmehausfälle konzentrieren, sagte der Landeshauptmann.

Bereits beschlossen wurde von Wallner und Kaufmann eine Soforthilfe für den Bereich der Kinderbetreuung. Entfallene Elternbeiträge werden nicht nur - wie schon festgelegt - bei privaten Einrichtungen ausgeglichen, sondern auch bei öffentlichen, und zwar im Verhältnis 60:40 (Land:Gemeinden). Das Land steuert dazu 1,7 Mio. Euro bei, der Betrag für die Gemeinden beläuft sich auf 1,1 Mio. Euro. In den Sommermonaten werde von einem erhöhten Bedarf an Kinderbetreuung auszugehen sein, deshalb übernehme das Land in den Monaten Juli und August 80 anstatt wie üblich 60 Prozent der Personalkosten. Dafür werde man etwa 1,3 Mio. Euro ausgeben, so Wallner. Kaufmann sprach diesbezüglich von einer "großen Erleichterung", der Betreuungsbedarf werde zumindest in einem Drittel der Kommunen stark erhöht sein. Man habe noch keine validen Zahlen zur Verfügung, wie viel Geld am Ende den Gemeinden tatsächlich fehlen werde, "aber wir wollten jetzt diesen Startschuss geben", so Kaufmann.

2. Land NÖ beschloss 4,5 Mio. Euro für Screeningprogramme auf SARS-CoV-2

Die NÖ Landesregierung beschloss in ihrer heutigen Sitzung einen Betrag in der Höhe von 4,5 Millionen Euro für die Durchführung von Screeninguntersuchungen auf SARS-CoV-2-Krankheitserreger und Antikörper. „Die Screeningprogramme sind ein wichtiger Teil der blau-gelben Teststrategie, in deren Rahmen bis zum heutigen Tag ca. 12.000 PCR-Testungen durch Screenings durchgeführt wurden. Mit dem heutigen Beschluss können nun bis zu 50.000 Testungen umgesetzt werden“, betonen die zuständigen Regierungsmitglieder Ulrike Königsberger-Ludwig und Christiane Teschl-Hofmeister.

Unabhängig von der Zustimmung des Bundes kann das Land Niederösterreich eigene Untersuchungen veranlassen. Bisher wurden in Niederösterreich Screenings zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens, zur Feststellung der Durchseuchungsrate in besonders betroffenen Einrichtungen und zur Feststellung der Durchseuchungsrate von bestimmten Berufsgruppen durchgeführt. Testreihen wurden etwa in Spitälern, Pflege- und Behindertenheimen, aber auch bei Hausärzten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Sozialmedizinischer und Sozialer Dienste abgewickelt. „Die Tests setzen auf Freiwilligkeit und werden auf Grundlage epidemiologischer Aspekte sowie Erfordernisse veranlasst. Sie unterstützen das Auffinden von Infektionsclustern und sorgen für die Sicherheit von Beschäftigten, die aufgrund ihrer Tätigkeit einem erhöhten Risiko einer Infektion oder Weiterverbreitung ausgesetzt sind“, schildern die beiden Landesrätinnen.



3. 190 Millionen Infrastruktur-Bauprogramm 2020 im Burgenland

Im Burgenland investieren Land und Asfinag dieses Jahr rund 190 Millionen Euro in Infrastruktur-Bauvorhaben. Man wolle "nicht von der Gesundheits- in die Wirtschaftskrise fallen. Wir wollen Anreize schaffen, wir wollen investieren, damit wir - so gut es geht - diese Wirtschaftskrise so klein wie möglich halten", sagte Landesrat Heinrich Dorner am Dienstag bei der Präsentation in Eisenstadt. Mehr als 500 Projekte sollen heuer über alle Bereiche hinweg umgesetzt werden, erläuterte Baudirektor Wolfgang Heckenast. Trotz Coronakrise habe man mit den Baustellen fast ohne Verzögerung und Komplikationen beginnen können.

Im Bereich der Landesstraßen werden rund 10,2 Millionen Euro investiert, erläuterte Dorner. 11,1 Millionen fließen im Bereich der ländlichen Struktur. Einen großen Budgetposten stellen die Bundesstraßen mit 125 Millionen Euro dar. Projekte im Bereich der Wasser- und Umweltwirtschaft haben heuer ein Ausmaß von 42,2 Millionen Euro.

4. LH Kaiser für mehr Länderautonomie

Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser hat sich im Ö1-"Morgenjournal" am Donnerstag erneut dafür ausgesprochen, Maßnahmen zur Eindämmung der Coronaviruspandemie dort zu lockern, wo es so gut wie keine Infizierten mehr gibt. Außerdem könne er sich vorstellen, Teilbereiche der Maßnahmen an die Bundesländer auszulagern. Gesundheitsminister Rudolf Anschober plädierte für Vorsicht.

In einem kleinen Land wie Österreich "gibt es große Frequenzen zwischen den Bundesländern", diese seien ja nicht abgegrenzt, sagte Anschober bei einer Pressekonferenz. So gebe es auch "Menschen, die aus belasteteren Gebieten nach Kärnten fahren", es finde ein reger Austausch statt. Er warte jedoch die Vorschläge der Bundesländer ab. Seine Ideen hat Kaiser am Mittwoch dem Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz, Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer übermittelt, sagte Kaiser gegenüber "Ö1". Er sprach sich unter anderem für Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen statt dem Mund-Nasenschutz sowie Erleichterungen für Kinder und ein Ende der Sperrstunde um 23.00 Uhr aus. Anschober betonte, dass die Kooperation mit den Ländern immer gut funktioniert habe und er gespannt auf die Vorschläge sei. Diese werden natürlich einfließen. Derzeit arbeite man an der Frage, "wie können wir Vereinfachungen durchführen, damit das Modell nicht zu verwirrend für den einzelnen ist". Bereits am Freitag sollen weitere Lockerungen verkündet werden, noch befinde man sich "im Arbeitsprozess". Jedenfalls müsse mit Augenmaß vorgegangen werden, "wir dürfen die Bevölkerung nicht verlieren", sagte Anschober. Wichtig sei auch, nicht das falsche Signal auszusenden, die Krise sei noch nicht vorbei, "wir müssen nach wie vor sehr konsequent handeln".

5. Sommerkinos: Frischluftleinwände zwischen Burgenland und Salzburg

Gerade in Zeiten, in denen das Coronavirus den meisten Sommerfestivals die Existenzgrundlage zerhagelt hat, bietet sich das gemeinsame Kinovergnügen im Freien ohne Mundschutz als kulturelle Alternative in den kommenden Monaten an. Im Folgenden deshalb ein Überblick über die Lage der Sommerkinos in den einzelnen Bundesländern:

Burgenland

Ob und in welcher Form das traditionelle Mondscheinkino im südburgenländischen Bildein heuer über die Bühne gehen wird, ist derzeit noch unklar. Der Verein zur Förderung von Kunst, Kultur und Kommunikation im Pinkaboden (KuKuK) will in den kommenden Tagen eine Entscheidung treffen. Zuvor werde man sich konkret anschauen, wie etwa die Sitzplätze angeordnet werden könnten und wie ein etwaiges Sicherheitskonzept aussehen könnte, betonte Vereinsobfrau Denise Mittl. Geplant wären unter dem Motto "Kinogenuss unterm Sternenhimmel" drei Termine am 3., 10. und 17. Juli mit Filmvorführungen ab 21 Uhr, Eintritt: freie Spende. Auch ein Programm gibt es noch nicht. "Die Programmfindung ist heuer in die Hauptzeit der Schließungen aufgrund der Coronakrise gefallen. Da ist alles zum Erliegen gekommen", sagte Mittl. Sollte das Mondscheinkino stattfinden, würde das Programm deshalb heuer "eher knapp" präsentiert werden.



Kärnten

In der Kärntner Landeshauptstadt Klagenfurt soll auch heuer wie gewohnt das Open-Air-Kino im Burghof über die Bühne gehen. Am Veranstaltungszeitraum ab Mitte Juli möchte man ebenfalls festhalten, sagte Organisator Bernhard Gutschier auf APA-Anfrage: "Wir haben im Normalbetrieb 500 Plätze, also werden wir mit dem nötigen Abstand 200 bis 250 Personen unterbringen können." Für Infos über das Programm sei es freilich noch zu früh: "Jetzt haben wir gerade einmal das Okay bekommen, dass wir das Kino überhaupt veranstalten können, wir müssen jetzt einmal schauen, was die Verleihe daraus machen", so Gutschier.

In Villach werde es heuer zwar kein klassisches Sommerkino unter freiem Himmel geben - dafür hat man sich aber etwas anderes einfallen lassen, verriet Organisator Fritz Hock auf APA-Anfrage: "So wie es derzeit aussieht, wird es ein Autokino in Villach geben." Geplant ist, dass das Kino bereits im Juni für vier Wochen in Betrieb geht. Mindestens 60 Autos sollen vor der 13 Meter breiten Leinwand Platz finden. Was die Sicherheitsabstände zu den anderen BesucherInnen angeht, so sei man im Auto jedenfalls auf der sicheren Seite, erklärte Hock. Und dadurch, dass diese Pläne schon bekanntgeworden sind, gebe es in Villach einen ziemlichen Hype rund um das Autokino. Schließlich habe es diese Form der Filmvorführung bis auf einen einmaligen Abend im Rahmen eines Cabriotreffens in Kärnten noch nie gegeben.

Niederösterreich

Die meisten niederösterreichischen Sommerkinos sollen angesichts der am Montag angekündigten Maßnahmen stattfinden. "Eggenburg, Drosendorf, St. Pölten, Baden und einige andere haben sich bereits entschlossen, zu spielen", erklärte Birgit Maimer von der für das Sommerkino Niederösterreich zuständigen Abteilung für Filmförderung des Landes auf Anfrage. Die konkreten Sicherheits- und Hygienemaßnahmen seien noch in Planung.

Das Mondlichtkino Laxenburg wird vom 19. bis 26. August Filme am Schlossplatz zeigen, das Kino beim Kesselhaus in Krems soll von 2. bis 26. Juli stattfinden. Einige, wie der Filmhof Wein4tel in Asparn an der Zaya oder das Cinema Paradiso Open Air in St. Pölten wollen jedenfalls spielen, arbeiten aber noch an konkreten Terminen. Andere, wie das Sommerkino Marchfeld, wollen sich für Entscheidungen noch Zeit lassen.

Abgesagt wurde hingegen das Mythos Film Festival in Klosterneuburg, die Umstände machten es den Veranstaltern zu schwer: "All das spricht nicht sehr für eine entspannte Freizeitatmosphäre", teilten sie auf Anfrage mit. Eine stark verkleinerte Alternative in Zusammenhang mit dem Kurzfilm-Festival "Shortynale" wurde jedoch für August in Aussicht gestellt.

Oberösterreich

Auch wenn es noch keine fixen Termine und Programme gibt, steht eines fest: Trotz Corona wird es in Oberösterreich in diesem Sommer an teils neuen und größeren Orten Kino unter freiem Himmel geben. Bis auf das Autokino auf dem Urfahrner Jahrmarkt in Linz, das am kommenden Samstag für drei Monate startet, laufen die Planungen noch.

Wolfgang Steininger, Chef des City Kino und Moviemento in Linz sowie des Kinos Freistadt, möchte im Juli im Donaupark-Stadion und im August im Parkbad Vorstellungen zeigen. In Freistadt soll es am Skihang und im Stadion Openairkino geben. In Leopoldsdorf geht es voraussichtlich an den Badeseen.

Ende der Woche sollte feststehen, ob Vöcklabruck ein Sommerkino anbietet. In Wels wiederum werden zwei Möglichkeiten erwogen. Auf dem Minoritenplatz könnten zwischen Mitte Juli und Mitte August Vorführungen stattfinden, und die Messe Wels erwägt ein Autokino auf ihrem Gelände. In Steyr war vorerst noch nichts in Erfahrung zu bringen.

Salzburg

In Salzburg laufen die Vorbereitungen für die Sommerkinos auf Hochtouren. Auf konkrete Termine und vielfach auch auf das Programm wollte sich bis dato allerdings kaum ein Veranstalter festlegen. "Wir würden am liebsten im August spielen, weil dann auch mehr BesucherInnen als im Juli kommen dürfen", sagte Cornelia Thöni, Initiatorin des Sternekinos am Kapitelplatz. "Das hängt aber davon ab, ob am Platz heuer wieder die Siemens Festspielnächte stattfinden." Sei dies der Fall, müsse man sich um eine Ersatzlocation bemühen. Zudem wolle sie zunächst die schriftliche Verordnung des Gesundheitsministeriums für die Veranstaltungen im Freien abwarten.



"Wir wollen die Filme aber wie bisher an zehn aufeinanderfolgenden Abenden zeigen - und an den Nachmittagen am Wochenende Kinderfilme", sagte Thöni. Unter den zu sehenden Streifen werden etwa der computeranimierte US-Kinofilm "König der Löwen" aus 2019 und die Oscar-prämierte italienische Tragikomödie "Das Leben ist schön" sein. Auch für das große Sommerkino im Salzburger Volksgarten sind aktuell noch viele Fragen offen. "Wir wollen mit Beginn der Sommerferien starten und dann an sechs Terminen die bekannte coole Mischung aus Programmkinos und ein paar bekannten Filmen zeigen", sagte Isabel Bojanovsky von der Stadt Salzburg. Dabei sei jedoch unklar, ob heuer wieder der Mittwoch der Open-Air-Kino-Tag sein werde. Man prüfe außerdem noch Alternativstandorte zum Volksgarten und Lösungen bei Schlechtwetter.

Recht konkret sind hingegen die Pläne beim Sommerkino der Salzburger Burgen und Schlösser. Im Hof der Festung Hohensalzburg soll am 8. Juli die deutsche Komödie "Die Goldfische" über die Leinwand flimmern. Auf der Burg Hohenwerfen werden am 10. Juli "Enkel für Anfänger" und am 7. August "König der Löwen" gezeigt, in der Burg Mauterndorf am 24. Juli "Das perfekte Geheimnis" und am 4. August "Ich war noch niemals in New York". Geben wird es heuer unter anderem auch wieder die "Flimmerkiste" der drei Flachgauer Gemeinden Neumarkt, Köstendorf und Straßwalchen, das Open-Air-Kino der Trumer Brauerei in Obertrum und das "Sunset Kino" des Salzburger Kunstvereins. Ob die geplanten Termine halten - und welche Filme gezeigt werden -, stand zuletzt größtenteils aber noch nicht fest.

6. Vorarlberger Mittelschule testet Abstandswarngerät

An der Vorarlberger Mittelschule Lochau (Bez. Bregenz) wird bis zum Ende des Schuljahres das Abstandswarngerät "Safedi" getestet. Alle Schüler, Lehrer und Mitarbeiter werden mit dem Gerät der Firma Heron ausgestattet, das blinkt, sobald sich Personen zu nahe kommen. Die Bildungsdirektion bestätigte gegenüber der APA einen entsprechenden Bericht von ORF Radio Vorarlberg.

Ins Leben gerufen wurde der Feldversuch - der erste seiner Art an einer österreichischen Schule - auf Initiative des Vaters zweier Kinder, die die Mittelschule Lochau besuchen. Er unterbreitete der Schule den Vorschlag und wird die Geräte auch finanzieren. Die Idee wurde von der Schule mit Bildungsdirektion, ElternvertreterInnen und Lehrkörper abgestimmt. Die Bildungsdirektion wird nach Angaben gegenüber der APA nach einiger Zeit den Austausch mit der Schule suchen, um die Erfahrungen zu evaluieren - auch in Hinblick auf den Herbst, wobei man jetzt natürlich noch nicht sagen könne, wie dann die Gesamtsituation sei, hieß es. Das im Zuge der Coronakrise entwickelte Abstandswarngerät "Safedi" gibt laufend akustische und optische Signale ab, wenn zwei Personen den definierten Mindestabstand unterschreiten. Darüber hinaus können die Geräte anonym speichern, welche Geräte sich im Laufe des Schultages zu nahe kommen. Dies sieht die Schule als großen Vorteil - damit könne man im Falle einer Coronavirus-Infektion nämlich genau feststellen, wer engen Kontakt zu der infizierten Person hatte. Die Betroffenen könnten dann getestet bzw. in Quarantäne geschickt werden, der Schulbetrieb weitergeführt werden. Der Preis für ein "Safedi"-Gerät im regulären Verkauf liegt laut Homepage des Unternehmens bei rund 28 Euro.



Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden sowie Anfragen und Interna

1. ANFRAGE – Software für Time-Slot-Reservierungen

Aus mehreren Städten erhielt der Österreichische Städtebund die Anfrage ob uns Software für Online-Reservierungen / Time Slots in öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Veranstaltungshallen etc. bekannt sind. In Folge einer Anfrage an mehre Mitglieder wurden folgende Angebote empfohlen:

Venuzle

Venuzle ist bereits in mehreren Städten aktiv und gewann ua. bereits im Jahr 2015 den Gemeindeinnovationspreis. Die Stadt Graz arbeitet seit längerem mit der Software.

Mehr dazu: <https://terminmanager.venuzle.com/>

eventWorld

Die Software „eventWorld“ des in Wien und Innsbruck ansässigen Unternehmens bietet ebenso ein bereits seit längerem erprobtes System, welches sich unter anderem dazu eignet, das stationäre (Offline) Kassasystem der Schwimmbäder im Sommer 2020 zusätzlich durch eine geordnete Online-Ticket-Vergabe unterstützt. Die Software war unter anderem bereits bei der Formel 1 sowie bei Moto-GP-Rennen im Einsatz.

Mehr dazu: <https://www.eventworld.com/de/>

2. Bürgermeister Luger: „Ohne Ersatz für Kommunalsteuer-Ausfall bleibt Kommunalpaket des Bundes eine Mogelpackung“

Eine Milliarde Euro will der Bund für Investitionen durch Gemeinden zur Verfügung stellen, davon würden rund 167 Millionen Euro nach Oberösterreich fließen. Für den Vorsitzenden des Städtebundes Oberösterreich, dem Linzer Bürgermeister Klaus Luger, ein enttäuschendes Ergebnis.

„Die Gemeinden werden rund zwei Milliarden Euro an Einnahmen, vor allem aus der Kommunalsteuer, verlieren. Zumindest die Hälfte dieser Verluste sollte den Kommunen ersetzt werden, um Liquiditätsprobleme zu lösen“, so Luger. Erst dann mache eine weitere Milliarde zur Ankurbelung öffentlicher Investitionen Sinn. „In Deutschland haben sogar die konservativsten Sparfanatiker die Bedeutung der Gemeinden als Wirtschaftsmotoren erkannt. Ich bin enttäuscht, dass das in Österreich nicht angekommen ist“, so Luger. Das, was heute präsentiert wurde, ist eine herbe Enttäuschung: „Ich verstehe nicht, warum man den Gemeinden nicht wenigstens einen Teil ihrer Kommunalsteuerverluste ersetzt, die unter anderem durch das Kurzarbeit-Programm des Bundes mit verursacht wurden“, so der Vorsitzende des Städtebundes Oberösterreich, Bürgermeister Klaus Luger.

Größere Gemeinden und Städte benachteiligt

Zudem würden die Kriterien des Bundes größere Gemeinden und Städte benachteiligen, obwohl diese von der Krise stärker betroffen sind. „Jetzt ist umso mehr das Land OÖ gefordert, ein Soforthilfe-Paket für die wirtschaftlichen Ballungsräume des Landes zu schnüren“, meint Bürgermeister Klaus Luger. Denn gerade jetzt käme es auf diese wirtschaftlichen Ballungsräume an. „Hier könnte am raschesten investiert werden, etwa im oberösterreichischen Zentralraum in die Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr.“ „Gleichzeitig sind jene Gemeinden, die sonst als Jobmotoren die Wirtschaftskraft des Landes im Wesentlichen ausgemacht haben, von der Krise und den damit einhergehenden Einnahmenverlusten am meisten betroffen. Da enttäuscht es besonders, dass die schwarz-grüne Bundesregierung dieses wirtschaftliche Einmaleins offenbar nicht erkennt und die Ballungsräume einmal mehr benachteiligt“, meint Luger.



Unterstützung durch Land gefordert

Er fordert nun das Land OÖ auf die fehlende Hilfe für die Kommunen zu geben: „Es wurde ja angekündigt, dass nach dem Vorliegen der Maßnahmen des Bundes auch das Land ein eigenes Paket schnüren wird, das kommunale Investitionen zur Wirtschaftsankurbelung ermöglicht. Wenn der Bund auslässt, muss das Land die Soforthilfe für die Gemeinden gewähren, damit diese den Spielraum gewinnen, der es ihnen ermöglicht, sich am Investitionspaket des Bundes zu beteiligen“, so Bürgermeister Klaus Luger abschließend.

3. Land Burgenland und GVV Burgenland kritisieren kommunales Investitionspaket des Bundes

Das heute von der Bundesregierung medial präsentierte "Kommunalpaket" fußt auf dem Kommunalinvestitionsgesetz 2020 (KIG), dass mit einem Budget von 1 Milliarde Euro ausgestattet wurde. Diese Summe soll an alle Städte und Gemeinden nach einem bestimmten Schlüssel verteilt werden, wenn sie Investitionen tätigen. 50% der investierten Summe müssen die Kommunen allerdings selbst aufbringen, um diese Förderung auszulösen. Für GVV Präsident Trummer eine hohe Hürde: "Der Bund will hier den dritten Schritt vor dem zweiten und ersten Schritt machen. Das wird so nicht gehen. Zunächst brauchen wir dringend einen finanziellen 'Rettungsschirm' für die Städte und Gemeinden, denn sonst werden wir diese Zuschüsse gar nicht auslösen können!"

Der GVV plädiert daher für ein Hilfspaket in mehreren Schritten, wie dies auch bereits viele burgenländische Gemeinden als Resolution an den Bund beschlossen haben:

- I. Sicherung der Liquidität der Gemeinden für den laufenden Betrieb (Personalkosten, Infrastruktur, Fuhrpark, Kinderbetreuung, Pflichtschule, Kanal, Wasser, Müllentsorgung,...).
- II. Kompensation des Entfalls der Ertragsanteile und der Kommunalsteuer nach dem Verursacherprinzip. Der Bund hat die COVID-19 Lockdown Maßnahmen angeordnet und muss daher für diesen Entfall aufkommen (wie auch bei der Wirtschaft).
- III. Kommunales Investitionspaket (wie vom Bund präsentiert) in Höhe von 1 Milliarde Euro - muss aber bei Bedarf nachgeschärft werden.
- IV. Finanzierung sowohl des neuen KIG-Pakets als auch der Kompensation der Einnahmehausfälle nicht durch neue Schulden des Bundes. Für die Finanzierung muss „frisches Geld“ aus einer Millionärssteuer, Abgaben aus dem Onlinehandel und aus Finanztransaktionen aufgestellt werden.

Landeshauptmann Stellvertreterin Astrid Eisenkopf ergänzt: "Ja, ein gut dotierter Topf im KIG ist eine sehr gute Sache für die regionale Wirtschaft. Das begrüßen wir sehr! Aber eine durchschnittliche burgenländische Gemeinde bekommt, nach unseren ersten Berechnungen, rund 95.000.- Euro maximales Fördervolumen. Das bedeutet, um die volle Summe auszulösen, muss die Gemeinde weitere 95.000.- Euro bereitstellen und das ist für viele Kommunen derzeit schlicht nicht möglich."

4. NÖ: Riedl und Stadler fordern Hilfen für finanzschwache Gemeinden

Der Bund sagte den Städten und Gemeinden eine Milliarde Euro zu. Davon gehen über 200 Millionen Euro nach Niederösterreich, wo damit vorrangig ökologisch nachhaltige Investitionen direkt vor Ort finanziert werden – also die Sanierung des Kindergartens, die Photovoltaikanlage auf dem Bauhof oder der Ausbau des lokalen Öffi-Angebotes. Da die Kommunen die Bundesmittel kofinanzieren müssen, wird damit ein Investitionsvolumen von insgesamt 400 Millionen Euro ausgelöst. Geld, das noch heuer in die lokale Wirtschaft in unseren Regionen fließt.

Für finanzschwache Gemeinden hat diese Regelung aber einen Haken: Wer kein Geld hat und nicht investieren kann, schaut auch bei den Bundesmitteln durch die Finger. Gemeindebundpräsident Riedl will hier noch nachjustieren – mit dem Ziel, dass finanzschwache Gemeinden rasch und zu günstigen Konditionen zu frischem Geld kommen.



Städtebundvorsitzender Matthias Stadler will, dass sich Städte und Gemeinden frisches Geld von der Bundesfinanzierungsagentur holen können. „Die Hilfs-Milliarde für die Kommunen ist also ein wichtiger erster Schritt hin zur Normalität in den Orten und Städten. Damit das Geld aber wirklich bei den BürgerInnen überall im Land ankommt, muss der zweite Schritt folgen – und zwar sehr bald.“

5. Eisenstadt: Bürgermeister Steiner zur finanziellen Situation der Gemeinden

Die Gemeindemilliarde, also Mittel, die für die Kommunen zur Verfügung stünden, sei "natürlich eine Abfederung". Auf Eisenstadt umgelegt, dürfte dies geschätzte eineinhalb Millionen Euro ergeben, rechnete Steiner. Das Geld fließe natürlich nur, wenn auch investiert werde. Den Verlust bei den Einnahmen zu kompensieren, sei "die große Herausforderung", meinte Steiner. "Wir haben ein paar gute Parameter. Wir haben einen Überschuss vom vorigen Jahr, den wir natürlich verwenden werden. Und wir haben die letzten zwei Jahre drei Millionen an Schulden abgebaut. Das heißt, wir haben auch dort einen Spielraum. Wir werden Darlehen aufnehmen müssen." Außerdem habe man eine Art Sparprogramm gemacht. Man sei "jede einzelne Position des Budgets durchgegangen" und habe überlegt: "Was können wir verschieben, was müssen wir heuer nicht unbedingt machen? Was können wir überhaupt streichen?" Dabei sei man auch auf "gut 500.000 Euro" gekommen. "Und so werden wir halt versuchen, uns über dieses Jahr quasi ein bisschen drüberzuhanteln. Nur, das Problem ist: Nächstes Jahr wird es auch nicht viel rosiger sein, schätze ich einmal."

Einsparungen würden der regionalen Wirtschaft schaden. Durch das Paket des Bundes sei man angehalten, wieder mehr zu investieren. Durch den Überschuss des Vorjahres und dadurch, dass man bei den Schulden einen Spielraum habe, werde man das "irgendwie hinbringen. Aber das ist halt auch nicht der Sinn der Sache am Ende des Tages."

Die Ertragsanteile seien die eine Auswirkung. Dazu kämen noch die Abgänge bei der Kommunalsteuer. Diesbezüglich habe er noch keine Daten, meinte Steiner. "Aber dort rechnen wir natürlich auch mit relativ starken Einbußen, weil das ja von den Arbeitskräften abhängt." Und durch die erhöhte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit komme es automatisch zu Einbußen: "Und das ist für die Stadt ein großer Teil des Budgets." In Eisenstadt mache dies ungefähr zehn Millionen Euro aus. Zwanzig Prozent weniger würden somit schon eine Million weniger bedeuten. "Daher wäre es wichtig, dass auch das Land etwas tut." Dabei handle es sich noch um den Monat Mai, "wo man eigentlich noch davon ausgegangen ist, dass es halbwegs stabil sein wird", stellte Steiner fest. Für Juni habe man schon die Vorschau für die Bruttoertragsanteile bekommen mit einem Minus von 35 Prozent. Wie sich das netto darstelle.

Das Problem Eisenstadts wie auch anderer Gemeinden seien hohe Fixkosten, etwa für Personal. Die Landeshauptstadt verfüge über ein Gesamtbudget von rund 45 Millionen Euro. Betrachte man die Ertragsanteile und die Kommunalsteuer, rechne er mit einem Minus "zwischen drei und fünf Millionen Euro". Viele Gemeinden würden primär von den Ertragsanteilen leben und hätten wenig Kommunalsteuer und Gebühren, meinte Steiner. "Ich gehe davon aus, dass es die anderen Gemeinden in etwa verhältnismäßig gleich trifft." Vielleicht in der Summe nicht so hoch, wenn es eine kleine Gemeinde sei: "Aber im Verhältnis ist das für die genauso schwierig oder sogar noch schwieriger."

6. Corona-Pandemie in Linz – Bilanz und Ausblick

„Die Maßnahmen und der Beschluss für unser gemeinsam von der Stadtregierung beschlossenes 11 Millionen Euro-Hilfspaket für besonders betroffene Menschen, Organisationen und Unternehmen waren notwendig und richtig. Jetzt sind wir allerdings weitgehend an unsere lokalen Grenzen gestoßen. Die besorgniserregenden budgetären Perspektiven machen es notwendig, dass wir weitere Unterstützungsmaßnahmen miteinander abstimmen. Nach einer Klausur der Stadtregierung werden die weiteren Schritte folgen. Vor allem Städte und Gemeinden sind von der Krise besonders betroffen. Als Bürgermeister und Vorsitzender des Oberösterreichischen Städtebundes bin ich enttäuscht über das Gemeindepaket der Regierung, das die großen Wirtschaftszentren und Industrieregionen benachteiligt.“



Im Gegensatz zu den in Deutschland vorgeschlagenen Hilfsmaßnahmen sind die Unterstützungen für Kommunen in Österreich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Jetzt benötigen wir einen Pakt für Linz, der möglichst die gesamte Bevölkerung umfasst“, hofft Bürgermeister Luger auf einen über die Politik hinausgehenden Schulterschluss.

Die ausführliche Zwischenbilanz der Stadt Linz inkl. aufschlussreicher Grafiken, einer Chronologie der gesetzten Maßnahmen sowie näheren Informationen zu einzelnen Bereichen (etwa Kinderbetreuung, Verkehr, etc.) finden Sie in **Beilage2**

7. Wien in Corona-Zahlen

Corona bleibt das bestimmende Thema, auch in der MA 23. Die Analyse und Bekämpfung der Wirtschaftskrise und die Erfassung und Auswertung von Corona-relevanten Daten beschäftigen uns seit Wochen.

Die Lage am Arbeitsmarkt ist düster: Die verordnete Schließung von vielen Betrieben hat die Zahl der Arbeitslosen nach oben getrieben, eine Erholung ist trotz der eingeschränkten Öffnungen bisher nicht in Sicht. Die Stadt versucht unter Federführung von Bürgermeister Michael Ludwig und Finanzstadtrat Peter Hanke mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegenzusteuern, zuletzt mit einem Gutschein für Restaurant-Besuche, 5G-Ausbau und zahlreichen Initiativen der Wirtschaftsagentur. Letztendlich kann es aber erst richtig aufwärts gehen, wenn die meisten Beschränkungen der Bundesregierung aufgehoben werden.

Gute Nachrichten gibt es aus der Bevölkerungsstatistik: Seit die Corona-Pandemie in Wien angekommen ist, sind nicht mehr Menschen gestorben als wir in einem normalen Jahr erwartet hätten. Das liegt einerseits an der geringen Zahl der Corona-Verstorbenen; andererseits daran, dass es keine kurzfristigen "Kollateral-Todesfälle" z. B. durch Überlastung der Krankenhäuser gab. Details finden Sie im Wiener Mortalitätsmonitoring, das wöchentlich aktualisiert wird. Natürlich handelt es sich um eine Zwischenbilanz – wie sich die Pandemie weiter entwickelt und welche Auswirkungen die Schließungen und die Wirtschaftskrise auf unsere Gesundheit haben, sehen wir erst in den nächsten Monaten und Jahren.

Mehr dazu: <https://wienix1.at/site/wien-in-corona-zahlen/>

8. Digitalisierungskonzept: Eisenstädter Rathaus im Handy

Am vergangenen Mittwoch präsentierte die Stadt ihr neues Digitalisierungskonzept. Erstellt wurde dieses unter der Ägide von Dr. Ronald Sallmann, dem Geschäftsführer von IT-Kommunal und Digitalisierungsexperte des Städtebundes. Basierend auf dem Stadtentwicklungskonzept 2030, begannen die Arbeiten dazu bereits im Sommer 2019, es umfasst insgesamt 140 Seiten und die Umsetzung wurde am 27. April 2020 vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

„Viele Städte mit einem derart ausführlichen Konzept gibt es in Österreich nicht“, betont Sallmann. Bürgermeister Steiner wünscht sich eine „Digitalisierung mit menschlichem Antlitz“: „Mir ist wichtig, dass die Digitalisierung ergänzend zum bestehenden persönlichen Kontakt passieren kann. Wir wollen niemanden ausschließen, der keinen Zugang zu digitalen Services hat.“

Mit dem Konzept will das Rathaus den BürgerInnen so manche Amtswege ersparen. Aber auch Services der Stadt sollen zukünftig mit dem Handy statt persönlich vor Ort erledigt werden können. „Städte derselben Größenordnung können nicht auf so einen umfangreichen und strategischen Digitalisierungsplan zurückgreifen“, betont Bürgermeister Thomas Steiner stolz.

Aber auch nach Innen soll das Konzept wirken und den Arbeitsalltag der MitarbeiterInnen digital vernetzen. Besonders die Erkenntnisse der Corona-Krise fließen in nächster Zeit verstärkt ein. Die Ermöglichung von Home-Office sowie die interne Kommunikation mittels Videokonferenzen haben Priorität.



9. Begrenzter Bade-Spaß in Städten und Gemeinden – einige Beispiele

Das Aubad in **Fieberbrunn** ist etwa ein „Corona-Opfer“. „Wir halten das Aubad im Sommer geschlossen“, erklärt Bürgermeister Walter Astner. Denn die Gemeinde und der Tourismusverband rechnen im Corona-Sommer mit bis zu einer Million Euro weniger Einnahmen. Straßen, Wasserversorgung, der Kindergarten oder das Pflegeheim haben Vorrang.

In der **Stadt Salzburg** sind die Bäder-Verantwortlichen beim Abstandhalten kreativ. Eine Picknickdecke auf den Liegewiesen der städtischen Freibäder soll für die nötige Sicherheitsdistanz sorgen. „Das ist leicht kontrollierbar und der Bademeister muss nicht mit dem Maßband durchgehen. Durch die zweimal zwei Meter großen Decken sind größere Abstände als zwischen einfachen Handtüchern möglich“, erklärt Vizebürgermeister Bernhard Auinger. 50 Picknickdecken liegen bereits bei den Freibäder-Kassen um acht Euro auf. Zusätzlich sollen weniger Menschen in die Anlagen gelassen werden. An Spitzentagen tummeln sich normalerweise bis zu 7.000 Badegäste etwa im „Lepi“, dem Freibad Leopoldskron. Heuer dürfen nur noch 2.500 hinein.

In **Gmunden** geht die Stadt einen anderen Weg. Seit 15. Mai ist das Strandbad mit Traunsee-Zugang geöffnet, aber nur für Kabinengäste. Die Zahl der BesucherInnen ist derzeit auf 500 Personen beschränkt. Für alle, die nur einen Tag ins kühle Nass wollen, war noch kein Platz. „Die 500-Personen-Grenze fällt nur, wenn die Abstandsregel entschärft wird“, sagt ein Stadt-Sprecher. „Spontan kommende Tagesgäste rangieren an letzter Stelle. Zuerst kommen im Gmundner Strandbad die rund 300 KabinenbesitzerInnen an die Reihe, danach die (vorgemerkten) SaisonkarteninhaberInnen und dann erst Tagesgäste.“ In den vergangenen Jahren bevölkerten an heißen Tagen bis zu 4.000 BesucherInnen das Strandbad. Gmunden rechnet mit einem Platzbedarf von 16 Quadratmetern pro Strandbad-Gast. „Beansprucht jeder eine zwei mal zwei Meter große Liegefläche und legt man um sie herum einen ein Meter breiten Rand“, so entsteht diese Fläche.

Auch das Thermalbad **Bad Vöslau** will Stammgästen den Vortritt geben. Neue Saisonkarten werden nicht ausgestellt, für TagesbesucherInnen gibt es ein kleines Kontingent. Deren Ausgabe „hängt von der tatsächlichen Anzahl von Gästen im Thermalbad ab“, heißt es in einem Brief an die Stammgäste.

Am 29. Mai darf auch das Strandbad **Klagenfurt** öffnen. Um den Corona-Maßnahmen gerecht zu werden, wurde dafür die Liegewiese um 17.000 Quadratmeter erweitert. Normalerweise liegen die Badegäste auf einer 40.000 Quadratmeter großen Grünfläche, doch nun werden auch die sogenannte „Hundewiese“ sowie rund 80 Prozent der „Eventwiese“ für Sonnenanbeter freigegeben. „Damit wird trotz Abstandsregeln nahezu ein Normalbetrieb ermöglicht“, ist Klagenfurts Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz überzeugt. „Was wir unbedingt vermeiden wollen, ist, Badegäste wieder wegschicken zu müssen“, sagt der Bäderchef Gerald Knes. An einem heißen Tag waren in den vergangenen Jahren im Klagenfurter Strandbad bis zu 12.000 BesucherInnen. Das soll beibehalten werden. Um Anreize zu schaffen, wurde die Saisonkarte deshalb um 25 Prozent verbilligt. So zahlen Erwachsene heuer 48,40 Euro statt 64,50 Euro.

Mit anderen Problemen ist das Burgenland konfrontiert. Denn der Neusiedler See trocknet zunehmend aus. Grund ist der fehlende Niederschlag. Bei Nord-West-Wind fehlt beispielsweise in **Breitenbrunn** gut ein Meter Wasser. „Für den Badespaß hat das derzeit noch keine Auswirkungen. Wir können am 29. Mai ohne Probleme öffnen“, sagt Rene Lentsch vom Strandbad **Podersdorf**, der wegen den Corona-Maßnahmen zusätzlich eine Vollzeit- und eine Teilzeit-Kraft beschäftigt hat. „Sie kümmern sich ausschließlich um die Reinigung und Desinfektion von Türklinken und dergleichen in den Sanitärbereichen“, so Lentsch, der verspricht, dass „jeder, der ins Bad möchte, auch reinkommt“.

Im Strandbad **Bregenz** rechnen die Stadtverantwortlichen trotz der Corona-Auflagen nur an wenigen Tagen mit einer Überfüllung. „Dann wird der Verkauf von Einzel- und Punktekarten rechtzeitig eingeschränkt, um Dauerkarten-BesitzerInnen einen Platz sichern zu können.“ Im Traditionsbad „Mili“, das auf Holzpfählen in der Bregenzer Bucht liegt, ist heuer hingegen nur Platz für 60 Badegäste. Dort gibt es in diesem Sommer keine Dauerkarten.

Quelle: <https://www.ganzewoche.at/inhalte/artikel/?idartikel=12241/Begrenzter-Bade-Spaß>



10. Wiener Bäder starten ab 29. Mai 2020 in eine besondere Saison

Die umfassenden Vorbereitungen sind fast abgeschlossen, am 29. Mai ist es dann so weit: Am Freitag öffnen in Wien 17 Sommerbäder, 10 Familienbäder, die Hallenbäder Hütteldorf und Brigittenau mit Außenanlagen, sowie der Freibereich des Jörgerbades. Aufgrund der Corona-Krise wird es eine besondere Badesaison mit einigen Einschränkungen: Mindestabstand, besondere Hygieneregeln sowie in gewissen Bereichen Mund-Nasen-Schutzmasken gelten auch im Badebetrieb. Um einen risikofreien Badebetrieb zu ermöglichen und den Empfehlungen des Gesundheitsministeriums zu entsprechen, wurden ergänzende Regeln zur Badeordnung festgelegt.

- Der Einlass ist für eine Person je 10 m² Liegefläche gestattet.
- Die Benützung der Schwimmbecken ist für eine Person je 6 m² Wasserfläche gestattet.
- Beim Einlass sowie am gesamten Badegelande ist ein Mindestabstand von einem Meter zu anderen Badegästen einzuhalten, ausgenommen sie leben im gemeinsamen Haushalt.
- Die Zahl der auszugebenden Umkleidekästchen werden entsprechend reduziert.
- In Schwimmbecken ist ein Mindestabstand von 1-2 Metern, in Naturgewässern von 3-4 Metern einzuhalten.
- Die allgemeinen Hygieneregeln sind einzuhalten, besondere Hygiene wird in Sanitärräumen und Schwimmbecken erwartet.
- In allen Innenräumen ist eine Mund-Nasen-Schutzmaske zu tragen.
- Das Verweilen an Einstiegen, Beckenrändern und Beckenumgängen ist nicht gestattet.
- Ansammlungen sind zu vermeiden, ausgenommen ist ein reguliertes Anstellen an Wasserrutschen, Sprungtürmen oder Gastronomie.

Zahlreiche Hinweisschilder, Piktogramme und das Bäderpersonal werden auf die Verhaltensregeln hinweisen. „Wir appellieren hier auch an die Eigenverantwortung der Badegäste, aufeinander Rücksicht zu nehmen und auf ihre Kinder zu achten“, betont Wiens Bäderchef Hubert Teubenbacher. Der Eintritt für Kinder unter zehn Jahren ist nur in Begleitung eines aufsichtspflichtigen Erwachsenen gestattet. Die Vorgabe von 10 m² pro Badegast bedeutet eine Reduktion der BesucherInnen auf rund ein Drittel des normalen Fassungsvermögens. Eine rasche Vollausslastung von vielen Bädern ist daher bei Badewetter durchaus möglich. Die freien Badeplätze werden heuer unter www.wien.gv.at/baederampel sowie der App „Stadt Wien Live“ angezeigt. Sollte ein Bad voll sein, wird das vor Ort durch Hinweisschilder sowie die „Blaue Fahne“ angezeigt. Monats- und Saisonkarten sind 2020 nicht erhältlich bzw. wird deren Gültigkeit ausgesetzt, da der Zutritt damit nicht garantiert werden kann. In den Eingangsbereichen werden Leitsysteme, Markierungen und gegebenenfalls Absperrungen eingerichtet.

Der Eintritt ist in den 17 Sommerbädern für bis zu 40.000 Badegäste gleichzeitig möglich. Dies entspricht in etwa einem Drittel der üblichen Kapazität. Der Vorverkauf und der vereinfachte Tarif soll die Wartezeit an den Bäderkassen deutlich verkürzen.

Aufgrund der Regeln und Einschränkungen werden die Eintrittspreise deutlich reduziert:

- Kleinkinder bis 6 Jahre: unentgeltlich (Karte erforderlich)
- Kinder 7-14 Jahre: 1 Euro
- Jugendliche 15-18 Jahre, SeniorInnen ab 63 Jahre, Ermäßigt und Saisongäste: 2 Euro
- Erwachsene: 3 Euro

Für Spiel- und Sportplätze gelten die jeweils gesonderten gesetzlichen Bestimmungen: Spielplätze sind geöffnet, Volleyball, Tennis und Tischtennis sind – mit Abstand – erlaubt. Im Strandbad Alte Donau wurde ein zweiter Beach-Volleyball-Platz errichtet. Fußballspielen ist noch nicht gestattet, Fußballplätze werden nun bei Bedarf zu Liegeflächen umgewidmet. Für Gastronomie- und Freizeitbetriebe gelten die aktuellen rechtlichen Bestimmungen und Empfehlungen. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben mussten zahlreiche Veranstaltungen abgesagt werden. Kinderclubs finden nur in größeren Sommerbädern statt. Die Wassergymnastik startet frühestens wieder im Oktober 2020 in den Hallenbädern der Stadt.



11. Öffnung der Innsbrucker Frei- und Hallenbäder.

Entsprechend den Vorgaben der Bundesregierung wird auch in der Stadt Innsbruck eine Öffnung der öffentlichen Bäder ab 29. Mai 2020 entsprechend einem vorliegenden Konzept durchgeführt. Eckpunkte sind hierbei:

- Für jeden Badegast sind 10 m² Liegefläche vorzusehen
- keine Saisonkarten werden aufgelegt
- 2 unterschiedliche Zeit Tickets sind möglich: Vormittagskarte bis 11.30 Uhr und Nachmittagskarte ab 12:00 Uhr
- Karten können maximal 1 bis 3 Tage vor dem Tag des Besuches im Bad erworben werden und sichern den Zutritt ohne Anstehen (Umtausch und Rückgabe sind nicht möglich).
- an einem Online-Buchungssystem wird gearbeitet
- Saunen werden nicht geöffnet
- beschränkte Anzahl an Personen pro Schwimmbecken (je nach Größe)

Mehr dazu in **Beilage3**

12. Stadt Wien startet „City Challenge: Mission Schutzschirm“

Gesundheit und Spaß schließen einander nicht aus – das zeigt die Wiener Gesundheitsförderung einmal mehr mit der Aktion „City Challenge: Mission Schutzschirm“. Spielerisch gilt es, unterschiedliche Herausforderungen dieser kostenlosen App zu meistern und dabei zu lernen, wie einfach es ist, auf die eigene Gesundheit zu achten. Ob einzeln oder in der Gruppe, einfach die Tour über einen Link oder QR-Code in der kostenlosen App Actionbound starten und los geht's. Bis Ende Juni werden außerdem coole Preise verlost. Ziel der „City Challenge: Mission Schutzschirm“ ist es, Jugendliche bei der Förderung der eigenen Gesundheit zu unterstützen – gerade auch in der aktuell herausfordernden Corona-Situation. Für Gesundheitsstadtrat Peter Hacker ist wichtig, „dass wir den jungen Leuten wieder ein Stück Normalität zurückgeben – selbstverständlich unter Einhaltung der gebotenen Sicherheitsmaßnahmen. Als Politik, als Pädagoginnen und Pädagogen und als Eltern ist es unsere Challenge, sie mit ihren Bedürfnissen und Sorgen ernst zu nehmen und ihnen gleichzeitig wieder die gewohnte Eigenverantwortung zu übertragen.“

Mehr dazu: <https://actionbound.com/bound/missionschutzschirm>



Europa und International

1. Corona-Virus am 27. Mai 2020: Das Neueste aus Europa und dem Rest der Welt

Frankreich verbietet Einsatz von Malariamittel Hydroxychloroquin bei COVID-19

Frankreich verbietet das umstrittene Malariamittel Hydroxychloroquin zur Behandlung von COVID-19. Die Regierung zog am Mittwoch ein Dekret zurück, das Krankenhausärzten die Verabreichung des Mittels zur Behandlung schwerer Formen der durch das neuartige Coronavirus verursachten Lungenkrankheit COVID-19 erlaubte. Frankreich hatte Ende März entschieden, den Einsatz des Wirkstoffs im Krankenhaus und unter besonderen Umständen zu erlauben. Erst vor zwei Tagen hatte die Weltgesundheitsorganisation WHO angekündigt, eine große klinische Studie mit dem Malariamittel an COVID-19-Patienten wegen Sicherheitsbedenken zu stoppen. Bis Mitte Juni erwartet sie eine Überprüfung der Daten. Dann soll eine endgültige Entscheidung über den Nutzen von Hydroxychloroquin getroffen werden. Das renommierte medizinische Fachmagazin "The Lancet" hatte kürzlich berichtet, dass PatientInnen, die Hydroxychloroquin erhielten, eine erhöhte Sterblichkeitsrate und unregelmäßigen Herzschlag hatten.

Zehntägige Staatstrauer um Corona-Tote in Spanien

In Spanien beginnt am Mittwoch eine zehntägige Staatstrauer um die Opfer der Corona-Pandemie. Es ist die längste offizielle Trauerperiode in Spanien seit dem Sturz von Diktator Francisco Franco und der Wiederherstellung der Demokratie 1977. Unter anderem sollen an allen öffentlichen Gebäuden die Fahnen auf Halbmast wehen. Die Regierung hatte mit der Ausrufung der Staatstrauer gewartet, bis auch in den besonders betroffenen Metropolen Madrid und Barcelona die strikten Ausgangsbeschränkungen aufgehoben wurden. Spanien ist eines der am schlimmsten von der Corona-Pandemie betroffenen Länder Europas. Die Zahl der Infizierten liegt nach Angaben der Behörden vom Dienstag bei mehr als 236.000, es starben mehr als 27.000 Menschen.

Kontaktbeschränkungen werden in Deutschland bis zum 29. Juni verlängert

Bund und Länder haben sich auf eine Verlängerung der wegen der Corona-Pandemie verhängten Kontaktbeschränkungen bis Ende Juni verständigt. Die Maßnahmen sollen bis zum 29. Juni gelten, wie das Bundespresseamt am Dienstagabend mitteilte. Die von den Chefs der Staatskanzleien und Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) erzielte Einigung sieht gewisse Lockerungen vor. Demnach können die Länder ab dem 6. Juni erlauben, dass sich bis zu zehn Menschen oder die Angehörigen zweier Haushalte im öffentlichen Raum treffen dürfen. Am Montag waren die Beratungen der Staatskanzleien über das weitere Vorgehen noch ohne Ergebnis geblieben. Es werde weiterhin empfohlen, „die Zahl der Menschen, zu denen man Kontakt hat, möglichst gering zu halten und den Personenkreis möglichst konstant zu belassen“. Auch bei privaten Treffen zu Hause in geschlossenen Räumen sollten die Hygiene- und Abstandsregeln eingehalten werden, hieß es in dem Bund-Länder-Beschluss. Die Zahl der Gäste solle an der „Möglichkeit zur Einhaltung der Abstandsregel bemessen werden“. Auch eine ausreichende Belüftung sei wichtig. Wenn möglich sollten private Zusammenkünfte im Freien abgehalten werden, da hier ein erheblich geringeres Infektionsrisiko bestehe.

WHO-Regionalbüro besorgt über rasanten Anstieg der Corona-Fälle in Brasilien

Die Panamerikanische Gesundheitsorganisation (Paho) hat sich besorgt über die Entwicklung der Corona-Pandemie in Teilen Südamerikas geäußert. Die Verbreitung des Virus scheine sich in Brasilien, Peru und Chile „weiter zu beschleunigen“, teilte die Paho, die als Regionalbüro der Weltgesundheitsorganisation (WHO) fungiert, am Dienstag mit. Insbesondere die Lage in Brasilien sei alarmierend, da die wöchentliche Zunahme der Corona-Infektionen in der vergangenen Woche den höchsten Stand seit Beginn der Pandemie erreicht habe. Insgesamt wurden in Lateinamerika bislang fast 800.000 Corona-Fälle verzeichnet. 143.000 Menschen starben. Die Zahl der täglichen Neuinfektionen liegt höher als in Europa oder den USA. Lateinamerika habe sich „ohne Zweifel“ zu einem Epizentrum der Corona-Pandemie entwickelt, erklärte die Paho. Paho-Chefin Carissa Etienne rief die südamerikanischen Länder auf, im Kampf gegen das Coronavirus nicht nachzulassen. Für die meisten Staaten sei jetzt „nicht die Zeit, die Beschränkungen zu lockern oder



Präventivmaßnahmen zu reduzieren“. Brasilien ist mit fast 375.000 bestätigten Corona-Fällen das Land mit der zweithöchsten Zahl an gemeldeten Infektionen weltweit nach den USA. Mehr als 23.000 Menschen starben. Experten gehen davon aus, dass die Dunkelziffer weitaus höher liegt, weil in Brasilien vergleichsweise wenig getestet wird.

Frankreichs Regierung stellt Corona-Warn-App vor

Die französische Regierung stellt am Mittwoch die geplante Corona-Warn-App „StopCovid“ vor (15 Uhr). Im Anschluss ist eine Debatte in der Nationalversammlung geplant. „StopCovid“ soll ab der kommenden Woche auf Handys nutzbar sein. Die App warnt Nutzer, wenn sie sich in der Nähe von Corona-Infizierten aufgehalten haben. Dafür wird die drahtlose Bluetooth-Technologie genutzt. In Deutschland ist eine ähnliche Anwendung noch in der Entwicklung. Der französische Senat dürfte sich am Donnerstag mit der Anwendung befassen. Da die Nutzung der App freiwillig ist, hat die Regierung auf einen Gesetzentwurf verzichtet. Sie will aber die Stellungnahme des Parlaments abwarten. Die französische Datenschutzbehörde hat die App bereits gebilligt.

2. Virus als neuer Impuls für internationale Digitalsteuer?

EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni: "Vielleicht wird die Krise dazu beitragen, dem Multilateralismus und der internationalen Zusammenarbeit ein wenig Auftrieb zu geben." Die Belastung der Wirtschaft infolge des Coronavirus-Ausbruchs macht deutlich, wie wichtig es ist, sich auf einen globalen Rahmen für eine Digitalsteuer zu einigen, so EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni.

In einem Videobeitrag für eine Veranstaltung am Montag erklärte Gentiloni, Ziel sei es nach wie vor, eine internationale Einigung über eine solche Abgabe zu erreichen.

Mehr dazu: <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/gentiloni-virus-als-neuer-impuls-fuer-internationale-digitalsteuer/>

3. Konzern-Klagen in Millionenhöhe erwartet

Regierungen auf der ganzen Welt haben Maßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung des Coronavirus zu bekämpfen und den wirtschaftlichen Kollaps zu verhindern. Internationale Anwaltskanzleien bereiten sich indes darauf vor, daraus Profit zu schlagen. Sie würden Großkonzerne bereits beraten, staatliche Notfallmaßnahmen anzufechten, so die NGO Corporate Europe Observatory (CEO) am Dienstag in Brüssel.

Mehr dazu:

https://orf.at/stories/3166134/?utm_source=Newsletter%20Mailerlite&utm_medium=email&utm_campaign=wie_konzerne_die_corona_krise_fuer_millionenklagen_nutzen_koennten_attac_info_09_2020&utm_term=2020-05-26

4. Thüringen fährt Corona-Schutzvorschriften zurück

Immer wieder haben die deutschen Bundesländer in der Coronakrise ein gemeinsames Vorgehen beschworen. Doch in der Praxis haben sich nur die wenigsten daran gehalten. Nun schert der einzige Ministerpräsidenten der Links-Partei aus. Thüringens Landesvater Bodo Ramelow, der mit einem rot-rot-grünen Minderheitskabinett regiert, will ab 6. Juni alle Einschränkungen aufheben. Die Details will er heute, Dienstag, mit seinem Kabinett beraten.

Kritik gab es bereits am Montag von vielen Seiten. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil warf Ramelow vor, er laufe Verschwörungstheoretikern hinterher. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sagte: "Es darf nicht der Eindruck entstehen, die Pandemie wäre schon vorbei." Der grüne Koalitionspartner warnte davor, leichtsinnig zu werden. Jenas Bürgermeister Thomas Nitzsche (FDP) sprach von einem "Gang aufs Minenfeld". Thüringens Städtebund fürchtet, dass alles aufs Spiel gesetzt wird, was zur Eindämmung der Pandemie erreicht wurde. Der Berliner Virologe Christian Drosten warnt davor, sich einzig auf die Eigenverantwortung der Bürger zu verlassen. Das sei "das schwedische Modell, und wir sehen in diesen Tagen und werden es in den nächsten Monaten noch stärker sehen, dass dort eine sehr hohe Übersterblichkeit entstanden ist."



Ramelow verteidigte am Montag seinen Vorstoß: "Ich habe nicht gesagt, dass die Menschen sich umarmen sollen oder den Mund-Nasen-Schutz abnehmen und sich küssen sollen." Es mache aber keinen Sinn, rund um die Uhr Krisenstäbe arbeiten zu lassen, wenn es in der Hälfte der Landkreise seit drei Wochen keine neuen Infektionen gebe. Die Verantwortung solle künftig vor Ort bei den Gesundheitsämtern liegen. Sie müssten einschreiten, wenn ein Grenzwert von 35 Neuinfektionen auf 100.000 EinwohnerInnen innerhalb einer Woche überschritten wird. Dabei bekämen sie vom Land jederzeit Unterstützung, wenn nötig.

5. Weltwetterorganisation warnt vor Hitzesommer

Die Weltwetterorganisation (WMO) warnt vor einem Hitzesommer in der nördlichen Hemisphäre, der Rekorde brechen könnte. Schon in den Anfangsmonaten des Jahres deute alles darauf hin, dass 2020 eines der heißesten Jahre seit Beginn der Messungen werde, sagte WMO-Sprecherin Clare Nullis am Dienstag in Genf. Städte und Gemeinden müssten sich jetzt vorbereiten, um Menschen zu schützen - auch, wenn die Coronavirus-Pandemie dies komplizierter mache. In anderen Jahren sei Menschen in überhitzten Wohnungen empfohlen worden, zum Beispiel gekühlte Einkaufszentren aufzusuchen. NachbarInnen wurden aufgefordert, Alleinlebende und möglicherweise Gefährdete regelmäßig zu besuchen. Dagegen sprächen nun viele Corona-Ratschläge, etwa der, möglichst zu Hause zu bleiben. Zudem könnten sich Krankenhäuser weniger gut auf PatientInnen mit Hitzschlag einstellen, weil sie Corona-PatientInnen behandeln müssen.

6. Verwaltungsgericht Hannover: Corona-Maßnahmen der Justizverwaltung unterliegen Umweltinformationsgesetzen

Das Verwaltungsgericht Hannover hob einen Bescheid des niedersächsischen Justizministeriums auf, mit welchem einem Journalisten der Zugang zu den die Justiz betreffenden Corona-Erlässen verweigert wurde. Da sich das Coronavirus maßgeblich über die Luft verbreite, stellten diese Erlässe, welche unter anderem auf die Reduzierung der Aerosolbelastung der Luft in allen Bereichen abzielten, in denen sich Justizbedienstete und oder Besucher der Justiz aufhalten, Umweltinformationen dar.

Mehr dazu: <https://www.verwaltungsgericht-hannover.niedersachsen.de/aktuelles/pressemitteilungen/eilantrag-eines-journalisten-auf-auskunft-uber-die-corona-erlasse-des-niedersachsischen-justizministeriums-hat-erfolg-188285.html>

7. Schweiz: Außerordentliche Situationen verlangen außerordentliche Lösungen

In der gegenwärtigen gesellschaftlichen, politischen und juristischen Debatte in der Schweiz ist der Ausdruck „Notrecht“ allgegenwärtig, obwohl ihn die Schweizer Bundesverfassung eigentlich nicht kennt. Selbst JuristInnen, die sich im Zuge der Pandemie äußern, neigen oft zur unpräzisen Ausdrucksweise. Eine ausführliche Analyse aus verfassungsrechtlicher Sicht finden Sie in **Beilage4**.

8. Grundrechte in Zeiten von Corona

In Krisenzeiten kann der Autoritarismus plötzlich als attraktive Herrschaftsform erscheinen. Auch vielen, die ansonsten die liberale Demokratie hochhalten, können im Angesicht der von Covid-19 ausgehenden Gefahr die Machtkonzentration bei der Exekutive und die von ihr angeordneten Freiheitsbeschränkungen gar nicht weit genug gehen. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich das chinesische Modell der Pandemiebekämpfung allerdings als alles andere als bewundernswert.

Den Aufsatz „Grundrechte in Zeiten von Corona“ von Prof. Dr. *Daniel Moeckli* (Universität Zürich) finden Sie in **Beilage5**



9. Homeoffice in der Schweiz sehr beliebt, aber Auswirkungen auf Familie befürchtet

90 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer arbeiten gerne zuhause. Das zeigt eine repräsentative Umfrage der Gewerkschaft Syndicom. Ein Großteil der Befragten nutzt die, durch den Wegfall des Arbeitsweges, gesparte Zeit für private Unternehmungen. Mehr als die Hälfte findet, dass Beruf und Privatleben somit besser verbunden werden können. Allerdings befürchtet ein Fünftel der Befragten, dass Partnerschaft und Familie unter der Arbeit von Zuhause leiden. 64 Prozent fühlen sich beim Arbeiten im Homeoffice allein. Ein Großteil der Befragten vermisst den Austausch mit Kolleginnen und Kollegen. Die Gewerkschaft fordert daher „einen gesunden Mix“ aus Homeoffice und Büro sowie ergonomische Arbeitsplätze und optimale Infrastruktur auch für das Arbeiten von Zuhause.

Mehr dazu: <https://www.20min.ch/story/jeder-fuenfte-im-homeoffice-befuerchtet-folgen-fuer-die-partnerschaft-618556695544>

10. COVID-Rettungspakete in Tschechien – Prag ausgeschlossen

Die Rettungspakete COVID I und COVID II, die die tschechische Regierung vorstellte und die Unternehmen durch zinslose Krediten in einer Gesamthöhe von umgerechnet 1,34 Milliarden Euro dabei helfen sollen, die aktuelle schwierige Situation im Zusammenhang mit der Corona-Krise zu überbrücken, werden teilweise mit EU-Geldern finanziert, konkreter aus dem "Operationellen Programm Unternehmen und Innovation". Die Unternehmen, die in der tschechischen Hauptstadt tätig sind, sind jedoch von diesen Hilfspaketen völlig ausgeschlossen. Die tschechische Hauptstadt Prag wird als eine reiche europäische Region eingestuft und hat daher keinen Anspruch auf Gelder aus diesem EU-Programm. Da in Prag jedoch ein Viertel des gesamten tschechischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet wird und viele Branchen, wie beispielsweise der Tourismus und die Gastronomie, die in Prag so wichtig sind, plötzlich komplett paralysiert wurden, brauchen die Prager Unternehmen viel mehr Unterstützung und Hilfe als vergleichbare Unternehmen in anderen tschechischen Regionen.

Mehr dazu in **Beilage6**

11. Deutschland: Infektionsherd Schlachthof

Die Krankheit COVID-19 grassiert in deutschen Schlachthöfen und hat eine heftige Debatte über die dortigen Arbeitsbedingungen entfacht. Die Grüne Bundestagsfraktion beantragte daher für morgen eine Aussprache im Bundestag zu dem Thema. „Mit der Ausbeutung in der Schlachtbranche muss endlich Schluss sein“ sagte Bitta Haßelmann, parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen im Bundestag. Es könne nicht sein, dass sich die Verantwortlichen durch Subunternehmensgeflechte aus der Verantwortung stehlen. Anlass der heftigen Debatte über die Fleischindustrie war eine Fleischfabrik im nordrhein-westfälischen Coesfeld, die am Freitag geschlossen worden war, nachdem mehr als 200 der 1.200 Beschäftigten positiv auf COVID-19 getestet wurden. Der Betrieb sei „aufgrund ersichtlich unzureichender Vorsichtsmaßnahmen“ zu einer „erheblichen epidemiologischen Gefahrenquelle“ nicht nur für die Belegschaft geworden, verkündete das Verwaltungsgericht Münster. Die Ausgehbeschränkungen des Landkreises mussten infolgedessen verlängert werden. Für sämtliche 20.000 in Fleischfabriken beschäftigten Menschen im Bundesland wurden Corona-Tests verordnet. Auch in Baden-Württemberg und Bayern meldeten Schlachtbetriebe hohe Infektionsraten, ein Betrieb in Schleswig-Holstein wurde geschlossen, nachdem auch dort 128 MitarbeiterInnen positiv getestet worden waren.



Seitdem erhitzen sich die Gemüter an den Arbeitsbedingungen der Fleischindustrie, die als notorisch miserabel gelten. Seit Jahren gibt es immer wieder Kritik an der deutschen Fleischindustrie. Eine Mehrzahl der ArbeiterInnen kommt aus Rumänien oder Bulgarien, viele sind als LeiharbeiterInnen beschäftigt und unterliegen niedrigeren Standards als die Festangestellten. Immer wieder gibt es Berichte über fehlende Sozialstandards und unwürdige Wohnverhältnisse. Genaue Zahlen über die Beschäftigten und ihre Arbeitsbedingungen in der Fleischbranche gibt es nicht, da viele Menschen in Schwarzarbeit tätig sind. Laut einer Auswertung von Daten der Bundesregierung hat sich die Zahl der Kontrollen zu Schwarzarbeit in der Branche in den vergangenen zehn Jahren um 60 Prozent reduziert. Auch über das durchschnittliche Einkommen der Schlachthof-ArbeiterInnen finden sich keine klaren Zahlen. Eine Studie des europäischen Verbands der Landwirtschafts-, Lebensmittel- und Tourismusgewerkschaften (EFFAT) aus dem Jahr 2011 gibt allerdings einen Eindruck, wie Deutschland von der Arbeit osteuropäischer Leihkräfte profitiert: Damals verdienten Angestellte in Schlachthöfen in Dänemark im Schnitt 25 Euro die Stunde, in Frankreich neun bis zwölf Euro, in Deutschland waren es etwa sieben Euro. Unbekannt war der Stundenlohn aus Rumänien und Bulgarien, EFFAT nimmt aber an, dass er unter dem polnischen von damals drei bis sechs Euro lag. Eigentlich gilt in Deutschland seit 2017 das Gesetz zur Sicherung von ArbeitnehmerInnenrechten in der Fleischwirtschaft. Es soll LeiharbeiterInnen aus dem Ausland faire die Arbeitsrechte garantieren und verbietet unter anderem, dass ArbeiterInnen selber für Arbeitsequipment wie Messer und Schutzkleidung zahlen müssen, wie es vorher oft der Fall war.

Aus Sicht des Verbands der Deutschen Fleischwirtschaft sind nicht allein die Arbeitsbedingungen der Branche schuld an den Corona-Ausbrüchen. Als kritische Infrastruktur habe man die Produktion nicht stoppen können und weiter gearbeitet, um die Versorgung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen. Schnell eingeführte, härtere Auflagen, wären daher nicht zielführend, so die Hauptgeschäftsführerin Heike Harstick. Eine „schnelle und einfache Lösung“ gäbe es nicht.



Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel

1. Europäische Kommission: „Next Generation EU“- EU-Aufbaufonds (recovery fund)

Mit Spannung wurden die Vorschläge zu den notwendigen Investitionen bzw. finanziellen Mitteln für den Wiederaufbau nach Corona (Aufbaufonds) sowie für den nächsten Mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) erwartet. Ziel ist es, die wirtschaftliche Entwicklung anzukurbeln und Investitionen vorzuziehen. Gestern (27 Mai) hat die Kommission nun das neue Instrument vorgestellt, das in den mehrjährigen EU-Haushalt eingebettet werden soll. Gezielte Aufstockungen sollen den langfristigen EU-Haushalt für 2021-2027 auf insgesamt 1,1 Billionen Euro erhöhen. Dabei soll die Obergrenze des Haushalts vorübergehend von derzeit 1,2 auf rund 2 Prozent des Bruttonationaleinkommens angehoben werden. Die Kommission schlägt ein Volumen von **750 Mrd Euro** vor, dass sie über Anleihen im Namen der EU am Kapitalmarkt aufnehmen, an die EU-Mitgliedstaaten vergeben und dann über Jahrzehnte gemeinsam von diesen getilgt würde. **500 Mrd Euro** davon sollen als nicht rückzahlbare Zuwendungen und **250 Mrd Euro** als Kredite fließen. Die Mitgliedstaaten sollen mit Beitragszusagen zum Haushalt garantieren dh die Eigenmittelobergrenze soll erhöht werden. Der Fonds soll vollkommen in den EU-Haushalt integriert werden. Das EU-Budget fließt ja zu großen Teilen in Zuschüsse und dies soll auch beim *recovery fund* so sein. Würden sämtliche Investitionen – auch jene von Privaten und Kreditgarantien der Kommission – eingerechnet, dann erhöht sich die finanzielle Schlagkraft der Union auf **1850 Mrd Euro**. (zur Info: Die Mitgliedstaaten haben bereits ein gemeinsames Sicherheitsnetz mit Kredithilfen von bis zu 540 Mrd Euro gespannt). Dieser Aufbaufonds soll als Sicherstellung und Rückhalt dienen, als ein Ausdruck der Solidarität untereinander und als Finanzierungsinstrument für gemeinsame europäische Projekte (für öffentliche Güter und Dienstleistungen) gesehen werden. Zentral ist das Vermitteln des europäischen Mehrwerts in dieser geopolitischen Bedrohung. Sowohl der Haushalt (MFR) als auch der Aufbaufonds müssen von den EU-Staats- und Regierungschefs und dem Europäischen Parlament genehmigt werden und Elemente davon, etwa die Erhöhung der Eigenmittel, müssen auch von den nationalen Parlamenten gebilligt werden. (siehe auch ÖStB-cov19-newsletter#33)

KOM-Presse: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_940

Aufbaufonds: <https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-europe-moment-repair-prepare-next-generation.pdf>

MFR: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about_the_european_commission/eu_budget/1_en_act_part1_v9.pdf

AT,DK,NL,SV: <https://g8fip1kplyr33r3krz5b97d1-wpengine.netdna-ssl.com/wp-content/uploads/2020/05/Frugal-Four-Non-Paper.pdf>

Siehe auch: <https://orf.at/stories/3167385/> sowie <https://www.econpol.eu/events/past>

2. Europäische Kommission: Genehmigung der 8 Mrd Euro cov19-Beihilfe für österreichische Unternehmen

Wie in vielen anderen EU-Mitgliedstaaten kann auch Österreich die in Form von Direktzuschüssen geleistete Entschädigung bis zu 75 Prozent der während eines Zeitraums von drei Monaten angefallenen Fixkosten in Unternehmen abdecken. Es wurde ein Höchstbetrag von 90 Mio Euro pro Unternehmen und Konzern festgelegt. Die Kommission hat die Maßnahme auf der Grundlage von [Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe b](#) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) geprüft. Danach kann die Kommission Beihilfen für bestimmte Unternehmen oder Wirtschaftszweige genehmigen, die durch außergewöhnliche Ereignisse beeinträchtigt worden sind.

Presse: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_928

EU-Beihilfenregister: https://ec.europa.eu/competition/state_aid/register/

3. Rat der EU

informelle MinisterInnentreffen und andere Sitzungen per Video:

2Juni: SportMin; **4Juni:** VerkehrsMin; **5Juni:** TelekomMin; **8Juni:** Agrar& FischereiMin; **9Juni:**

Beschäftigungs&SozialMin; **12Juni:** GesundheitsMin; Ebenso finden ca 30 Ratsarbeitsgruppen nächste Woche per Video statt; COREPER 1 & 2 jeweils *in persona*;

